

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,80 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Post und Zeit“ und „Runderwerb“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kopierlizenz des Blattes, die dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erteilt wurde, ist am 1. Mai 1929 erloschen. Die Redaktion des „Vorwärts“ ist bereit, die Kopierlizenz für den Rest des Jahres 1929 zu erneuern. Die Kosten hierfür betragen 1000 Reichsmark. Die Redaktion des „Vorwärts“ ist bereit, die Kopierlizenz für den Rest des Jahres 1929 zu erneuern. Die Kosten hierfür betragen 1000 Reichsmark.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Getarnte Brotzölle.

Was plant der Reichsernährungsminister?

Das Sinken der Weizenpreise seit der letzten Ernte hat in weiten Kreisen zu der Erkenntnis geführt, daß die bisherige Organisation der deutschen Getreidewirtschaft unzulänglich ist. Auf der einen Seite hat das Biermännerprogramm der landwirtschaftlichen Führer sich in ähnlicher Weise, wie die Sozialdemokratie dies seit langem fordert, für die Schaffung eines Getreidemonopols ausgesprochen. Im Handel herrscht über diesen Plan große Aufregung und Bestürzung, und immer wieder wird dem Monopolgeanken als „kleineres Uebel“ der Plan einer sogenannten „Preisausgleichsgebühr“ entgegengesetzt, dem auch der Reichsernährungsminister nicht abgeneigt sein soll.

Die „Preisausgleichsgebühr“ ist so gedacht, daß zu den bisherigen Zöllen in Höhe von 5 M. für den Doppelzentner Weizen ein besonderer Zuschlag von 2,50 M. tritt, sobald der inländische Weizenpreis im Monatsdurchschnitt unter 26 M. für den Doppelzentner sinkt. Die Preisausgleichsgebühr soll wieder wegfallen, sobald der Weizenpreis im Monatsdurchschnitt 28,50 M. überschritten hat.

Dieser Plan ist, welchen Namen man ihm auch geben mag, nichts anderes als eine Zollerhöhung um 50 Proz. Für die Sozialdemokratie ist die Erhöhung der Getreidezölle, in welcher Form sie auch auftreten mag, absolut unannehmbar.

Man sucht man den Verbraucherkreisen eine solche Zollerhöhung dadurch schmackhafter zu machen, daß man mit ihr eine gewisse Stabilisierung der Weizenpreise verspricht. Es verlohnt sich daher, diese „Stabilisierungsmöglichkeiten“ näher zu beleuchten. Die Preisausgleichsgebühr ist ein Versuch, vom Zollsystem mit festen Zollsätzen zum Gleit Zollsystem überzugehen. Man muß nun sagen, daß der Gedanke eines vernünftig konstruierten Gleitzolles auf den Laien im ersten Augenblick durchaus bestechend wirkt. Theoretisch ist es möglich, mit Hilfe eines Gleitzolles den Preis eingeführten Getreides auf einer bestimmten Höhe zu stabilisieren, und zwar in der Weise, daß der Unterschied zwischen dem Stabilisierungspreis für Weizen und dem Einfuhrpreis für Weizen als Zoll erhoben wird. Beträgt der Stabilisierungspreis beispielsweise 25 M. je Doppelzentner, so würde der Zoll bei einem Einfuhrpreis von 18 M. 7 M., bei einem Einfuhrpreis von 24 M. dagegen nur 1 M. betragen. Bei einem Einfuhrpreis von 25 M. und darüber würde der Zoll ganz fortfallen. Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Gleitzolles ist eine möglichst schnelle und enge Anpassung des Zolles an die Schwankungen der Einfuhrpreise.

Die „Preisausgleichsgebühr“ entspricht jedoch diesen Voraussetzungen in keiner Weise. Einmal soll sie nicht den jeweiligen Preisschwankungen angepaßt, sondern auf 2,50 M. festgesetzt werden. Bereits hierdurch wird eine Preisstabilisierung unmöglich. Ferner aber soll sie auf Grund der Preisentwicklung eines zurückliegenden Zeitraumes für die Zukunft festgelegt werden. Hat also beispielsweise der Getreidepreis in einem Monat den Durchschnitt von 26 M. nicht erreicht, so tritt die Preisausgleichsgebühr im nächsten Monat in Kraft, ganz gleich, ob die Preise im nächsten Monat fallen oder etwa wieder stark ansteigen.

Es ist also durchaus denkbar, daß die auf Grund niedriger Preise in Kraft gesetzte Preisausgleichsgebühr mit hohen Preisen zusammenstößt. Außer Kraft treten soll die Preisausgleichsgebühr erst, wenn der Monatsdurchschnitt 28,50 M. je Doppelzentner Weizen überschreitet. Das hat zur Folge, daß die Preisausgleichsgebühr bei steigenden Preisen bis zu einem Monatshöchstpreis von 28,50 M. in Kraft bleibt, daß sie dagegen bei von 28,50 M. abfallenden Preisen außer Kraft tritt, bis der Preis unter 26 M. sinkt. Bei einem Preisstand von 26 M. bis 28,50 M. wird also einmal der Weizen mit Preisausgleichsgebühr, das andere Mal ohne Preisausgleichsgebühr eingeführt! Dabei ist jedoch keinerlei Gewähr dafür gegeben, daß der Preis nicht trotz Wegfall der Preisausgleichsgebühr weit über 28,50 M. hinaus steigen kann, da ja bei Ueberschreitung dieser Preisgrenze nur die Preisausgleichsgebühr, nicht aber der Zoll von 5 M. je Doppelzentner wegfällt!

Noch gröstere Mühe die Preisausgleichsgebühr in Verbindung mit dem Einfuhrzollsystem wirken. Bekanntlich werden in Deutschland, um im ganzen Reiche eine volle Auswirkung des Zolles auf den Inlandspreis zu sichern, bei der Ausfuhr von Getreide dem Exporteur sogenannte Einfuhrschätze ausgehändigt, die ihn zur zollfreien Wiedereinfuhr derselben Getreidemenge oder anderer Waren berechtigen. Um die Auswirkung der Preisausgleichsgebühr ebenfalls für das ganze Reich sicherzustellen, wird geplant, für einen ausgeführten Doppelzentner zu den bisherigen Einfuhrschätzen noch „Preisausgleichsbeiträge“ im Werte von 2,50 M. je Doppelzentner hinzutreten zu lassen. Ein lustiges Spiel würde sich da entwickeln. Sind

Das Verbrechen der Kommunisten.

Widerliche kommunistische Lärmereien im Landtag.

Der Landtag beriet gestern über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Innenminister Grzesinski wegen der Vorgänge am 1. Mai.

Die Kommunisten wollten angeblich eine parlamentarische Besprechung der Berliner Vorgänge. Als die Besprechung erfolgen sollte, versuchten sie, sie durch tosenden Lärm und eine widerlich verlogene Entrüstungskomödie zu verhindern. Es gelang ihnen nicht.

Innenminister Grzesinski und Genosse Harnisch-Reuföhl legten an der Hand eines überwältigenden Materials dar, wie die Kommunisten die blutigen Zusammenstöße planmäßig provoziert und organisiert haben.

Im weiteren Verlaufe der Wortabfuhrung des Landtages, über die wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, nahm — nach der Unterbrechung der Sitzung und nach dem Ausschluß des Abg. Jendreyka (Komm.) — das Wort

Innenminister Grzesinski:

Die Berliner Arbeiter sind der kommunistischen Parole, der sich früher die Sozialdemokratische Partei geschnitten haben würde, nicht gefolgt. (Großer Lärm, minutenlange Unterbrechungen, wiederholte Ausrufe: Blutband, Arbeitermörder! bei den Komm.)

Präsident Bartels ruft wegen wiederholter Beleidigungen des Innenministers den Abg. Woytkowski (Komm.) zur Ordnung und schließt ihn schließlich von der Sitzung aus. Die Sitzung wird unterbrochen. Da bei Wiedereröffnung der Sitzung Abg. Woytkowski sich noch im Saale befindet, so verkündet der Präsident Bartels seinen Ausschluß auf acht Sitzungstage, der nach der Geschäftsordnung automatisch erfolgt.

Abg. Dr. Meyer-Distpreußen (Komm.) protestiert zur Geschäftsordnung gegen den Ausschluß des Abg. Woytkowski. Als er in scharfer Form die Maßnahmen des Präsidenten kritisiert, entzieht ihm Präsident Bartels das Wort. Hierauf erhebt sich wieder großer Lärm bei den Kommunisten; Abg. Bohke (Komm.) wird wiederholt zur Ordnung gerufen, vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen und verläßt den Saal.

Abg. Schwenk (Komm.) zur Geschäftsordnung: Die Wortentziehung meines Kollegen Dr. Meyer ist nach der Geschäftsordnung unzulässig. Wir protestieren mit aller Schärfe gegen das Vorgehen des Präsidenten.

Innenminister Grzesinski

will nunmehr seine Rede fortsetzen und wird von den Kommunisten wiederum durch lärmende Zurufe und beleidigende Ausdrücke wie Blutband und Arbeitermörder unterbrochen. Präsident Bartels schließt hierauf nachhermörder die Abgg. Wollweber und Obendorf von der Sitzung aus. Die Sitzung wird unterbrochen. Da bei Wiedereröffnung der Sitzung Abg. Obendorf sich noch im Saale befindet, verkündet Präsident Bartels seinen Ausschluß auf acht Tage.

Innenminister Grzesinski:

Wer auf dem Standpunkt steht, daß er straffrei auf die Polizei einhauen darf, mit dem ist nicht zu streiten. (Lärm bei den Komm.) Ihre Anhänger benehmen sich draußen ungefähr ebenso gegen die Polizei, wie Sie hier im Hause gegen mich. (Großer anhaltender Lärm bei den Komm.)

beispielsweise die Weizenpreise in einem Monat unter 26 M. gesunken, so daß die Preisausgleichsgebühr im nächsten Monat erhoben wird, so würden selbstverständlich die Importeure schleunigst riesige Mengen von Weizen vor der Einfuhr der Preisausgleichsgebühr — also lediglich zum Zollsatz von 5 M. je Doppelzentner — nach Deutschland einführen. Ist dies geschehen, so kann derselbe Händler seine eben eingeführten riesigen Getreidemengen mit großem Gewinn wieder ins Ausland ausführen, denn er bekommt ja dann nicht nur den bezahlten Zoll in Form des gewöhnlichen Einfuhrschätzes zurückvergütet, sondern auch noch 2,50 M. in Form eines Preisausgleichsbeitrages als Extraprämie für seine Spekulation, und umgekehrt bei hohem Preisstand. Der bisherige Widersinn der deutschen Getreidewirtschaft, die Ausfuhr zu niedrigen Preisen und die Einfuhr zu hohen Preisen, würde durch die Preisausgleichsgebühr maßlos verschärft, der Weizenaußenhandel Deutschlands würde unsinnig aufgebläht.

Und diese Maßnahme soll zu einer Gesundung der deutschen Getreidewirtschaft führen. Es gibt wohl kaum eine Maßnahme, die weniger zur Stabilisierung des Weizenpreises auf einem „gerechten“ Niveau beiträgt, als diese Preisausgleichsgebühr. Die Preisausgleichsgebühr ist daher ein untaugliches Mittel zu einem unerwünschten Ziel. Die vorgesehene Preishöhe ohne Sicherung, daß der Preis nicht noch weit darüber hinaussteigt, ist für die Verbraucherschaft absolut indiskutabel.

Nicht zu einer Stabilisierung der Weizenpreise, sondern zur maßlosen Vermehrung der Preisschwankungen, des Handelsrisikos und der Handelsgewinne müßte diese samische Ausgleichsgebühr führen, mit der man der Landwirtschaft

Präsident Bartels: Die kommunistische Fraktion legt augenscheinlich keinen Wert darauf, daß die Regierung zu ihren Anträgen Stellung nimmt. Ich stelle daher anheim, daß der Herr Minister bei der dritten Lesung des Entsch. dem übrigen Hause das sagt, was er mitzuteilen wünscht.

Innenminister Grzesinski:

Ich hätte es in der Tat nicht nötig, den Herren von der kommunistischen Partei zu antworten. Aber ich glaube, daß ich dem Hause ein Gesamtbild der Vorgänge des 1. Mai schulde. (Sehr gut! Sehr wahr! bei den Soz.)

Präsident Bartels: Dann bitte ich die Abgeordneten, Nach zu nehmen und mache darauf aufmerksam, daß ich nunmehr ohne weitere Warnung jeden weiteren Abgeordneten ausschließen werde, der sich meinen Anordnungen nicht fügt. (Abg. Haake (Nat.-Soz.): Hausfriede!) Abg. Haake! Sie rufen mir zum zweitenmal diese Beleidigung zu. Ich schließe Sie von der weiteren Sitzung aus. (Stürmischer Beifall bei den Soz. und in der Mitte.)

Innenminister Grzesinski:

Gegen die Aufrechterhaltung des Demonstrationsoverbots am 1. Mai sprachen naturgemäß schwere Bedenken. Trotzdem konnte es nicht aufgehoben werden, weil schon im April Rotfront die Beleidigungen und Ueberfälle auf Polizeibeamte systematisch steigerte. (Lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten. Die Abgg. Paul Hoffmann und Rau werden ausgeschlossen, letzterer auf acht Tage.)

Wir hatten im April 22 verwundete Polizeibeamte in Berlin, von denen fünf noch gegenwärtig im Krankenhaus liegen.

Für den 1. Mai hatte die kommunistische Partei die Parole ausgegeben, es dürfe kein Feiertag mehr sein, sondern ein Kampftag. Die „Rostfissa“ bezeichnete im voraus den 1. Mai als die große Kraftprobe zwischen den Kommunisten und dem Staat. Die Kommunisten haben also die Zusammenstöße für den 1. Mai planmäßig organisiert. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Gewiß, am 1. Mai haben sich die Anführer des Verbrechens feige gedrückt. (Großer Lärm bei den Komm.) Die Abgg. Frau Ludwig und Deter werden ausgeschlossen, letzterer für acht Tage.)

Wäre das Demonstrationsoverbot vor dem 1. Mai aufgehoben worden, so wäre es in Berlin zu großen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen. Das war der Plan der Kommunisten.

Denn dann hätte die Polizei unterschiedslos auch auf Sozialdemokraten geschossen und dann hätten sie den Innenminister als Mörder seiner eigenen Partei angeklagt. Darum hat der Polizeipräsident durchaus richtig und durchaus klug gehandelt, daß er die Demonstration am 1. Mai nicht zugelassen hat. Die kommunistische Parole, trotzdem zu demonstrieren, verdingt nicht. Darum müßte am 30. April die kommunistische Presse lügen, das Demonstrationsoverbot sei aufgehoben und der Polizei für den 1. Mai der Gebrauch der Schußwaffe unbedingt verboten. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten, Abg. Schuberger wird ausgeschlossen.)

Trotz dieser Lüge hat die KPD die Massen nicht auf die Straße gebracht. Darum bekam am Abend des 1. Mai der RFB den Befehl, den Kampf gegen die Polizei zu eröffnen und so fieten von

helfen will. Kann man wirklich glauben, daß der Reichsernährungsminister Dietrich der Getreidespekulation auf Kosten der deutschen Ernährungswirtschaft, auf Kosten der Staatskasse und auf Kosten der deutschen Verbraucherschaft derartige Geschenke machen will?

Die Preisausgleichsgebühr bringt außer diesen innerwirtschaftlichen Nachteilen auch noch eine sehr ernste handelspolitische Gefahr. Wenn man auch unter Anlehnung an die Bezeichnung „statistische Gebühr“, die in der Schweiz bei der Einfuhr aller Waren als Zuschlag zum Zoll erhoben wird, die Preisausgleichsgebühr als eine den Zöllen völlig verschiedene Einfuhrabgabe hinzustellen versucht, so ist sie doch nichts anderes als ein getarnter Zoll. Glaubt denn jemand, daß sich die Handelsvertragspartner Deutschlands mit einer so offensichtlichen Umgehung der handelsvertraglichen Bindungen ohne weiteres abfinden würden? Sie würden in Deutschland einen unfairen Handelsvertragspartner erblicken, und sie würden ihrerseits entweder die Handelsverträge mit Deutschland kündigen oder andere für Deutschland unangenehme Kompensationen verlangen. Die schwersten handelspolitischen Konflikte könnten sich hieraus entwickeln.

Nach all dem ist es offenbar, daß die Preisausgleichsgebühr in jeder Beziehung eine völlige Fehlkonstruktion darstellt, und daß ihre Einführung für die ganze deutsche Wirtschaft die schwersten Schäden nach sich ziehen würde. Die Befürworter eines solchen Planes müssen sich daher darüber klar sein, daß ein diesbezüglicher dem Reichstag vorgelegter Antrag auf die schärfste Ablehnung der Sozialdemokratie und mit ihr weiter Kreise der deutschen Wirtschaft stoßen würde.

früher von Kossow die ersten Schritte. (Großer Beifall bei den Kommunisten. Abg. Raack wird auf acht Tage ausgeschlossen.) Der Minister gibt nunmehr eine Darstellung der Vorgänge, wie sie sich am 1. Mai in Berlin entwickelt haben und erwähnt dabei unter anderem:

dass in der Kösliner Straße allein 13 Personen mit der Waffe in der Hand verhaftet wurden und dass man vom Dach eines Hauses in der Kösliner Straße einen Dachstuhl noch mit der Waffe herunterholte.

Er fährt fort: Die Polizei müsste scharf durchgreifen, um ein Ueberziehen des Aufruhrs auf andere Stadtteile zu verhindern. In der Kritik am Verhalten der Polizei scheint aber vieles vom grünen Tisch aus beurteilt zu sein. Wäre wirklich die Polizei verbittert gewesen, so hätte man das verstehen können. Seit Jahren sind die Beamten bei Demonstrationen der Roten Frontkämpfer beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen worden. Dabei hat die Polizei eine bewundernswürdige Besonnenheit an den Tag gelegt. (Großer Beifall bei den Komm., andauernde beschimpfende Zwischenrufe. Abg. Abel wird von der Sitzung ausgeschlossen.)

Das Verhalten der Kommunisten ist übelste Radikalpolitik. Die Sozialdemokratie hat früher nie mit solchen Mitteln gekämpft. (Bei diesen Worten bringt Abg. Abel wieder in den Sitzungssaal ein, stellt sich neben den Innenminister auf und beginnt eine Rede, in der er sich für seine Freunde mit den Opfern der Kämpfe solidarisch erklärt.)

Präsident Bartels schließt hierauf den Abg. Abel auf acht Sitzungstage aus und unterbricht die Sitzung. Die Kommunisten stimmen die Internationale an.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Präsident Bartels bekannt, dass er dem Abg. Abel nunmehr auch das Haus verbot und Anweisung gegeben hat, ihn während der Ausschlußfrist nicht wieder in den Landtag hineinzulassen.

Innenminister Erzjanski

fortfahrend: Trotz der unerhörten Provokationen hat die Polizei die Ruhe bewahrt und erst von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, als kein anderes Mittel mehr übrig blieb. Zum Beweise, daß man auch angriffsweise auf Polizeibureau vorgehen, lege ich zwei Photographien auf den Tisch des Hauses nieder. Wir beklagen die Opfer, die die Maitage gebracht haben. Aber die Obduktionsbefunde der Getöteten beweisen uns, daß ein großer Teil der Opfer durch die Kugeln der Anführer niedergestreckt wurden.

Mit rücksichtsloser Energie werde ich künftig gegen alle vorgehen, die die Weimarer Verfassung bedrohen wollen. Die Kommunisten sind die allerletzten, die sich über Terrorismus beschweren dürfen. Es galt zu verhindern, daß sich Wiener Vorgänge vom 15. Juli 1927 in Berlin wiederholen. Es ist zum Glück nicht notwendig gewesen, den Belagerungszustand zu verhängen. Wenn ein ausländischer Journalist erschossen wurde, so hat er sich das selbst zuzuschreiben, denn er ist vor Betreten der Kampfzone nachdrücklich gewarnt worden.

Der Polizei gebührt Anerkennung für ihr Verhalten. Außer den Todesopfern sind aber auch jene Opfer des Auffandes zu beklagen, die sich jetzt vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Auch diese fallen den Kommunisten zur Last.

Leider aber gehen meistens die Anführer und Heher leer aus.

Die russischen Telegramme, die Innenminister Sepering bereits im Reichstag bekanntgab, sind der beste Beweis dafür, was man in Moskau von den Berliner Kommunisten erwartet hat. Mit ihrem Vorgehen haben sich die Kommunisten politisch eine entscheidende Niederlage geholt und sich auch in der Arbeiterschaft völlig isoliert. (Beifälliger Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.): Der Minister ist verantwortlich für die Verbrechen der Polizei. Es hat nicht eine unserer Anlagen gegen diese entkräftet können. In Moskau demonstrierte am 1. Mai eine revolutionäre Proletariat gemeinsam. (Zwischenruf: Und die Sozialdemokraten?) Die Sozialdemokraten werden dort rücksichtslos unterdrückt, denn wir betrachten Sie als die Handlanger des Kapitals. Als er im weiteren Verlauf seiner Rede in wiederholten beleidigenden Ausdrücken vom Innenminister spricht, wird er vom Präsidenten Bartels zweimal zur Ordnung gerufen. Nach dem dritten Ordnungsruf befragt der Präsident das Haus, ob es den Redner weiterhören will. Dafür stimmen nur die Kommunisten. Abg. Schulz-Neukölln kann also seine Rede nicht beenden.

Abg. Harnisch (Soz.):

Übermals sind die Straßen Berlins Schauplatz eines blutigen Dramas geworden. Wir sprechen den Opfern, insbesondere den Getöteten und Verletzten, die als Unbeteiligte Opfer der Unruhen geworden sind, unsere tiefste Teilnahme aus und erstrecken diese auch auf die verletzten Polizeibeamten. Für die Geschädigten und Hinterbliebenen wird der Staat sorgen müssen. Aber nicht weil er die Schuld an den Unruhen trägt!

Die Verantwortung für dieses Blutvergießen haben die Kommunisten zu tragen.

(Beifälliger Beifall bei den Soz.) Sie spielen sich auf als Hüter der demokratischen Freiheiten, als Hüter des Rechts auf die Straße. Aber sie billigen dieses Recht nur sich selbst zu, niemandem sonst. (Sehr wahr!) Wie oft haben sie unsere Versammlungen überfallen, unsere Demonstranten bedroht und mißhandelt. In dem Staat, in dem die Kommunisten allein regieren, gibt es für Andersdenkende kein Recht auf die Straße. (Beifällige Zustimmung.) Das Demonstrationsverbot in Berlin haben die Kommunisten abtrotzig herbeigeführt, und absichtlich durch immer neue Gewalttätigkeiten verhindert, daß es aufgehoben werden konnte. — Redner verliest aus der Preussischen Beamtenzeitung eine ganze Anzahl von Fällen, in denen im Laufe des April Kossow-Deute Polizeibeamte überfallen und auf die brutale Weise mißhandelt haben. — Unter der großen Wut einzelner Polizeibeamter haben zweifelhafte Einzelne ihre Befugnisse überschritten und Ausschreitungen begangen. Aber die Kommunisten haben planmäßig diese Atmosphäre herbeigeführt, teils um neuen Agitationsstoff gegen die Sozialdemokratie zu haben, teils um ihre innere Parteidifferenzen zu verdecken. (Widerspruch bei den Komm.) Das können sie ebenso gut in dem kommunistischen „Volkswillen“ der Ultralinken, wie in dem kommunistischen Organ der Brandler-Richtung „Gegen den Strom“ lesen.

Der ultralinke Kurs künstlich herbeigeführter Barrikadenkämpfe soll den Kommunisten helfen die Parteilosigkeit zu überwinden. Für dieses dreifache kleine Parteidonner ist ihnen das Blut der Berliner Bevölkerung nicht zu schade.

(Stürmische Zustimmung bei den Soz.) Die „Rote Fahne“ hat in zahlreichen Fällen die Ueberfälle auf Polizeibeamte gutgeheißen mit der merkwürdigen Begründung, man müsse auf diese Weise den Polizisten klarmachen, daß sie zur Arbeiterschaft gehören. (Heiterkeit.) „Der Klassenkampf“, der jetzige Erzieher der „Roten Fahne“, schreibt umgekehrt, die Berliner Polizei diene nur der Bourgeoisie, der Hund wittere schon an der Kleidung des Herrn. (Beifällige Zustimmung.) Am Abend des 1. Mai waren die kommunistischen Demonstrationsversuche gescheitert. Da befam der R.F.V. den Befehl zum Schießen. (Widerspruch bei den Komm.) Ich habe an Ort und Stelle in Neukölln selbst beobachtet, wie planmäßig die Straßensperren zum Erzählen gebracht und die Reihen der Barrikaden aufgerichtet wurden. Diesen Barrikadenkämpfe haben die Kommunisten selbst als höchste Form des proletarischen Klassenkampfes gefeiert, sie, die jetzt die Unschuldigen spielen, und haben erklärt, die technischen Erfahrungen soll ausgenutzt zu werden. (Abg. Schulz-Neukölln: Gewiß, aber deshalb kann man doch nicht jeden Tag Revolution machen!) Das hätten Sie sich nur am 1. Mai sagen sollen. (Beifällige Zustimmung bei den Soz.) Dann hätten die scharfen Polizeimaßnahmen nicht ergriffen zu werden brauchen.

denen selber auch Unschuldige zum Opfer gefallen sind. Der vorerwähnte Gewaltakt des 1. Mai hat den Kommunisten in den Reihen ihrer denkenden Anhänger schwer geschadet. Scharenweise verlassen sie die Reihen der kommunistischen Partei und treten zu uns über. Die Niederlage der Kommunisten ist zugleich eine Niederlage der Faschisten. Die Nationalsozialisten haben sich deshalb heute mit den Kommunisten solidarisiert, weil sie genau wissen, daß auch ihnen die Republik mit rücksichtsloser Schärfe entgegenzutreten muß. Die Berliner Arbeiterschaft hat mit dem Verbrechen der Kommunisten nichts zu tun. Von einer Million Berliner Arbeiter sind noch keine sechstausend der Generalstreikparole gefolgt und bei der Firma Weiser haben die revolutionären Generalstreiker am Himmelfahrtstag nachgearbeitet. (Schallende Heiterkeit.) Wir werden nicht unterlassen, die Berliner Arbeiterklasse über das kommunistische Verbrechen des 1. Mai aufzuklären und die demokratische Freiheit gegen Kommunisten und Faschisten sicherzustellen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Baumhoff (Z.): Die Schuld am Berliner Blutvergießen trägt die gewissenlose Hebe der Kommunisten, die von einer auswärtigen Macht befohlen waren. Die Angriffe auf die Polizei und ihre Führer weisen wir entschieden zurück.

Abg. Dr. Falk (Dem.): Die kommunistische Partei hat gewissenlos zum Widerstand gegen die Staatsgewalt gehebt. Das Blutvergießen geht auf den russischen Befehl zurück.

Abg. Meckathin (D. Sp.): Ein Teil der Berliner Altpresse hat schamlos gegen die Polizei gehebt. Bemängeln könnte man höchstens, daß nicht früher und schärfer zugegriffen worden ist.

Abg. Bork (Dnat.): Warum hat man erst mit Schreckgeschüssen und Wasserstrahlen angefangen, warum hat man die Polizeibeamten mit Revolvern gegen Barrikaden geschickt? Man hätte sofort mit den schärfsten Mitteln durchgreifen müssen, denn das Leben der Polizeibeamten steht uns höher als das der Verbrecher. Lediglich aus Schwäche gegenüber den Kommunisten hat man zu lange gezögert und zu schwächlich operiert. Wir werden uns bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Stimme enthalten.

Abg. Labendorff (Sp.): Was hätte der Berliner Polizeipräsident immer bei der Partei und den Gewerkschaften nachgesehen? Er ist Polizeipräsident für die ganze Berliner Bevölkerung, nicht bloß für die Arbeiter.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

Momentbilder vom Radau.

Die Loblichter unter einem Dach vereint sind, wirken Wärme und Erregungszustände bekanntlich ansteckend. Das konnte man auch bei den Tumulten im Preussischen Landtag beobachten. Der Kommunistenradau hatte kaum einige Minuten gedauert, — da bekamen auf der anderen Seite des Hauses schon die Nationalsozialisten Krämpfe. Obwohl sie mit der Sache diesmal gar nichts zu tun hatten, — aber vielleicht, gerade weil sie mit der Sache nichts zu tun hatten und dies nicht ertragen konnten, begannen sie plötzlich wüste Schimpfereien in den Saal zu schleudern. So kam es zum Ausschluß des Abg. Hoake, der wohl für seine Erregungszustände kaum voll verantwortlich gemacht werden kann.

Frankreichs Gemeindewahlen.

Die Linke hat sich gut behauptet.

Paris, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Am Vorabend der englischen Wahlen kommt den französischen Kommunalwahlen eine besondere politische Bedeutung zu. Sie hatten zu beweisen, ob die französische Linke, die im Jahre 1924 mit der englischen Arbeiterpartei auf alliierter Seite die Grundfragen der Sozialpolitik berieten half, noch stark und lebensfähig ist. Das Ergebnis der Wahlen ist eindeutig.

Die Linke ist in gleicher Stärke wie in 1923, ein Jahr nach den Kartellwahlen, in die Stadtparlamente zurückgekehrt.

und dies trotz dreijähriger nationaler Einheits- und Rechtsregierung, trotz der Poincaréschen Wahlen des vorigen Jahres. Ein weiteres Symptom für das Abheben der reaktionären Kräfte, die in den letzten Jahren Europa zu übersetzen drohten.

An dem Erfolg der französischen Linken haben die Sozialisten einen besonderen Anteil. Wenn es auch richtig ist, daß sie in einzelnen Großstädten einige Siege erlitten haben — so u. a. in Paris 3, in Lyon 5 — so werden diese Einbußen reichlich durch das

Anwachsen der sozialistischen Stämme in den Landgemeinden

aufgehoben. Die sozialistische Stimmenganz in den Stadtparlamenten ist soweit im großen und ganzen völlig intakt, teilweise vermehrt worden. Das gleiche gilt für die Radikalen. Das Land hat sich also diesmal mit mehr Eindeutigkeit ausgesprochen, als bei den letzten Kommunalwahlen, die noch unter dem Zeichen der Frontenrisse standen und dabei vielfach Verwirrung in das Bild hineintrugen. Die Rückwirkung auf die Politik wird nicht ausbleiben können.

Wie sehr die Regierung diese Rückwirkung fühlt, geht daraus hervor, daß das Innenministerium stilschweigend dem Wahlergebnis zu verziehen. In seiner am Montag veröffentlichten Mitteilung des Ergebnisses sind die auf den Listen der republikanischen Arbeiterpartei Russlands (schreibt an den Parteivorstand:

Zum Tode von Adolf Braun.

Beerdigung am Donnerstag.

Die Beerdigung des Genossen Adolf Braun findet am Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr in Friedrichsfelde statt.

Beileidskundgebungen.

Reichstanzler Hermann Müller hat an die Tochter des Genossen Adolf Braun das folgende Beileidschreiben gerichtet: Anlässlich des Todes Ihres lieben Vaters sage ich Ihnen und Ihren Geschwistern zugleich im Namen meiner Familie mein herzlichstes Beileid. Sie wissen, wie sehr ich Ihren lieben Vater geschätzt habe, nicht nur, weil ich ihn infolge seiner jahrzehntelangen Kampfgemeinschaft als allezeit treuen Kameraden kennengelernt hatte, sondern weil er vor allen Dingen der am meisten hilfsbereite Mensch gewesen ist, den ich auf meinem Lebenswege traf. Sie wissen selbst, wie viele Menschen mir begegnet sind, und was es ihnen heißt, wenn ich dies schreibe.

Es wird Ihnen bei dem schmerzlichen Verlust, der Sie traf, ein schwacher Trost sein, daß Ihr lieber Vater von seinem monatelangen Leiden nun erlöst wurde. Sie aber dürfen verlässlicher sein, daß um Ihren Vater die Sozialdemokratische Partei trauert, die in ihm einen Führer von unermüdlicher Aktivität, größter Begeisterung und solidesten Wissens verliert.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokrati-

Wärde verpflichtet. Sollte es möglich sein, so würde man ein halbwegs gestilltes Betragen erwarten. Der Kommunist Paul Hoffmann ist zwar als Schriftführer Mitglied des Landtagspräsidiums. Erwartungen darf man gleichwohl über ihn nicht hegen, da er bei jedem Radau in weitestgehender Zudringlichkeit verfällt und dann mit seiner markanten Biststimmte selbst seine Praktikanten überfordert. (Was etwas bedeuten will.)

Es war gewiß ein peinlicher Moment, als der Präsident den alles überstehenden Schriftführer Paul Hoffmann wegen bauerlicher Störung der Sitzung ausschließen mußte. Hoffmann schien die Beinhaltung der Situation selbst zu empfinden. Im Gegenstoß zu dem vorher Ausgeschlossenen widerlegte er sich nicht, sondern verließ jägsam den Saal.

Über was tat der Schriftführer des Landtags draußen? Er redete eifrig auf den gleich nach ihm ausgeschlossenen Abgeordneten Abel, der sich auch gefügt hatte, ein, ihm auselndergehend, daß er sich das nicht gefallen lassen dürfte. Wirklich ließ Abel sich durch Hoffmann verleiten, den Saal nochmals zu betreten und den Minister zu unterbrechen, wodurch er automatisch seinen Ausschluß für acht weitere Sitzungen mit entsprechendem Diätenverlust bewirkte.

Wohingegen sein Anführer Paul Hoffmann sich mit dem Diätenverlust eines Tages durchaus zufrieden gab. Würde verpflichtet auch den Schriftführer Paul Hoffmann!

Die Liste der Ausgeschlossenen.

In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 13. Mai wurden, wie zusammenfassend mitzuteilen ist, insgesamt zwölf Kommunisten ausgeschlossen, und zwar die Abgg. Wendrecht, Bonikowski, Obendief, Rau, Deier, Raack und Abel auf acht Tage (letzterer mit dem Verbot, das Haus zu betreten), die Abgg. Golte, Bollweber, Paul Hoffmann, Frau Subowitz, Schubert von der weiteren Teilnahme an der Montagsitzung.

Zußerdem wurde von der Sitzung am Montag der Nationalsozialist Haake ausgeschlossen.

Sündenböcke gesucht.

Thälmann wird für die Niedertage zur Verantwortung gezogen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Präsidium des Volksrates der kommunistischen Internationale wegen der blutigen Kämpfe in Berlin mit der Tätigkeit der R.F.V.-Leitung und insbesondere Thälmanns unzufrieden. Das Präsidium hat eine Sonderkommission mit der Prüfung der Verhältnisse beauftragt. Thälmann wird in der nächsten Zeit in Moskau zum persönlichen Bericht über die politischen Vorgänge innerhalb der kommunistischen Partei erwartet.

sonstigen Konzentration gewählten Abgeordneten ohne weiteres als Anhänger der Regierung bezeichnet. Der Parteivorstand der Radikalen Partei hat hiergegen bereits Protest eingelegt. Aber auch bei der Rechnung des Innenministeriums ergibt sich bereits das Resultat, daß 424 Kommunisten im Besitze der Listen sind, nur 312 aber eine Rechtsmajorität aufweisen. Die Kammer selbst muß sich jedenfalls davon Rechenschaft ablegen, daß ihre eigene Unsicherheit, die sie bisher der Regierung gegenüber oft allzu günstig sein ließ, keineswegs im Lande geteilt wird.

Zußerdem drängt sich noch eine weitere Beobachtung auf. Wenn in letzter Zeit öfters von einer starken Wahlmüdigkeit die Rede war, die einen Bestandteil der Krise des Parlamentarismus bilden sollte, so beweist die äußerst starke Beteiligung der Bevölkerung bei den Kommunalwahlen, wie lebendig im Gegenteil das politische Interesse in den Massen ist. Die Regierung hat durch ihre Steuerpolitik, die den Handel belastet, durch ihre neue Mietsgesetzgebung, vor allem aber durch ihre Abstützungspolitik fraglos dazu beigetragen, in weitem Maße Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu erzeugen. Die Reaktion hat drei Jahre regiert, sie hat handeln können, und sie hat, wie sich aus den Kommunalwahlen ergibt, auch jetzt wieder getan, was logisch jede Reaktion tun muß: sie hat Propaganda für die demokratischen Parteien gemacht.

Auf Grund der vom Innenminister veröffentlichten Liste verteilen sich die einzelnen Siege wie folgt:

	Gewinne	Verluste
Konservative	6	3
Rechtsrepublikaner	127	38
Linksrepublikaner	137	19
Radikale Republikaner	40	9
Radikale	227	34
Sozialrepublikaner	29	4
Sozialisten	167	22
Kommunisten	26	9
Zweifelhaft	7	

schon Arbeiterpartei Russlands (schreibt an den Parteivorstand:

Zusammen mit Ihnen betrauern wir den Tod Adolf Brauns. In dem viel zu früh Dahingegangenen verliert der internationale Sozialismus einen der besten Männer, einen selbstlosen Idealisten reinsten Wassers, in dem sich ein warmes Menschenherz mit reichem Wissen und unersticktem Kampfesmut gepaart hat. Unsere Partei verliert in ihm einen treuen und verständnisvollen Freund. Sein Andenken wird uns unvergänglich bleiben.

Aufmärsche in Wien.

Kein Zwischenfall.

Wien, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Die Aufmärsche und Umzüge des Republikanischen Schutzbundes und der Heimwehr sind reibungslos verlaufen. Die Veranstaltungen des Schutzbundes und der Arbeiterpartei liefen außerordentlich stark ab. Während die Heimwehr in zwei kleinen Gruppen aufmarschierte, auf dem Freiheitsplatz vor der Botenstraße versammelten sich die sozialistische Gruppe, die christlich-sozialistische Gruppe dagegen vor der Karlskirche.

Der Schutzbund veranstaltete am Nachmittag unter zahlreicher Beteiligung große Uebungsmärsche in die niederösterreichische Provinz.

Gute Aussichten in Paris.

Man kommt den Deutschen entgegen.

Paris, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Am Montag vormittag wurde der deutschen Delegation zur Sachverständigenkonferenz ein Entwurf des Berichtes überreicht, in dem die deutschen Vorbehalte weitgehend berücksichtigt sind. Die Verhandlungen gehen damit fühlbar ihrem Ende entgegen, und wenn auch immer noch mit Schwierigkeiten bei einzelnen Punkten zu rechnen ist, kann bestimmt angenommen werden, daß keine Delegation heute mehr das Oidium auf sich nehmen wird, einen Bruch heranzuführen zu haben. Die noch bestehenden Differenzen hinsichtlich der deutschen Vorbehalte und des neuen Verteilungsschlüssels bieten hierzu kaum Anlaß. Was die letzte Frage anbetrifft, so zeigt sich bei einzelnen Delegationen immer noch das Bestreben, die Differenzen dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sie eine Erhöhung der deutschen Jahreszahlungen noch um 50 Millionen fordern. Die deutsche Delegation hat sich jedoch hiergegen entschieden zur Wehr gesetzt; ihr Standpunkt ist von der Mehrzahl der anderen Delegationen anerkannt worden.

Die Vorbehalte werden, nachdem Young und Stamp die Mitverantwortung übernommen haben, der Konferenz in einer Form dargeboten, die gleichfalls nach Ansicht der Mehrheit der Delegierten eine Einigung ermöglicht. Die Konferenz wird fraglos noch über die Pfingstfeiertage hinwegdauern. Ihr endgültiges Schicksal entscheidet sich jedoch noch in dieser Woche.

Der Wahltrieb der Tories.

Schärfster Protest der Oppositionsführer.

London, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Die am Sonnabend in der Form eines amtlichen britischen Weiskuches mit der Unterschrift des Königs veröffentlichte konservativ-polemische Erklärung gegen die Lloyd-George'schen Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben sowohl den Führer der britischen Arbeiterpartei MacDonald wie auch den Führer der Liberalen Lloyd George veranlaßt, in ihren Wahlreden am Montag mit schärfsten Worten gegen die Regierung Stellung zu nehmen. MacDonald stellte in seiner Rede in Wingate fest, daß jeder politische Unfug durch die Kommandierung von Beamten zur parteipolitischen Betätigung für die konservativ-polemische Regierung zerstört werde. Lloyd George betonte in einer Rede im national-liberalen Klub in London, daß die Regierung mit der Herausgabe dieses politischen Pamphlets unter amtlichem Siegel einen Schritt begangen habe, für den es überhaupt keine ei Präzedenzfall gebe.

Nation und Beamtenchaft.

Vortrag Karl Renners in Berlin.

In einer öffentlichen Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) im Reichswirtschaftsrat sprach Staatsanwalt Dr. D. Genosse Dr. Karl Renner, Wien über „Die deutsche Nation, ihr Staatswesen und die Beamtenchaft“.

Redner wies auf den inneren Widerspruch hin, daß kann ein anderes Volk von so ausgeprägtem Staatsinn wie das deutsche mit dem Staat nicht fertig wird. Die Deutschen in außerdeutschen Ländern haben sich immer bereit gefunden, den fremden Staat zu bejahen und ihn mit zu fundieren, so in Rußland, in Nordamerika usw. Es gibt nirgendwo Beamte mit solcher Staatsliebe wie in Deutschland; wenn trotzdem Unzufriedenheit mit ihnen besteht, so erklärt es sich aus der widerspruchsvollen Geschichte Deutschlands. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gab es keinen Staat, der die Nation als Träger des Staatsgedankens voranstellte. Jeder Fürst zog seinen Boden wie möglich an sich und bestimmte die Grenzen. Jeder Landbesitzer hatte allein das Recht, Bindnisse mit fremden Mächten zu schließen, also das Recht zum Sanktionieren. Zum erstenmal spricht die französische Verfassung 1791 von der Souveränität der Nation. Der Wiener Frieden 1815 schloß das Legitimationsprinzip, das die Monarchie mit erblichem Anspruch in den Staatsgedanken einfügte. 1848 stellt die Demokratie die Idee der Souveränität der Nation auf. Die Nationalversammlung in Frankfurt entließ auch die Vertreter Österreichs, aber die zwei Monarchien rissen die Nation auseinander und 1870 gründet Bismarck das klein-deutsche Reich.

Wir sollten endlich mit unserem Staat fertig werden. Unsere Beamten wollen dabei sei, nicht weil es sich um ihre Existenz handelt, sondern aus angeborenem Sinn für den Staat.

Das Verhältnis der Beamtenchaft zum Staat muß sich aus den überlieferten Gedankengängen freimachen.

Im Absolutismus eigneten die Fürsten sich das Verdienst zu, eine zentrale Rechtspflege und Befehlsgebung geschaffen zu haben, aber in Wirklichkeit waren es die Beamten, kaiserlich und juristisch vorgebildet, die alle Reformen einleiteten und ausführten. Der Beamte in der liberalen Ära wurde aus einem Fürstendiener zum Staatsdiener. Heute trauern zwar noch manche Beamte ihrer vermeintlichen Vorrangstellung, ihren Titeln, Sternen und Orden nach. Aber sie haben dafür das ungleich Wertvollere eingetauscht, der Allgemeinheit, dem Volk zu dienen: sie müssen die Sache der Nation zu ihrer eigenen Sache machen.

Nur Journalist — kein Verlust!

Die SPD. weiß sich zu trösten.

Wie sich die SPD. mit dem Austritt des bisherigen Redakteurs an der „Roten Fahne“ Friedrich Köhler aus der kommunistischen Doppelpartei abfindet, dafür liefert der holländische „Kamp“ einen schönen Beleg. „Was ist das für ein Kerl?“, so fragt das kommunistische Blatt, mit solchem Ausdruck seine tiefe Achtung vor dem bisherigen Mitarbeiter betreuend, und erwidert sich selbst die Antwort: Da er (Köhler) lediglich Journalist war und ihm irgendwelche andere Bedeutung in der Partei nicht zuzum, so ist kein Verlust für die Partei zu verzeichnen.

Wir glauben gern, daß Journalisten in einer Partei nicht hoch im Kurs stehen, deren Führer Max Högl den Rassen Selbstmassagen mit dem Gymniknippel als Mittel „republikanischer Gehirnerhellung“ empfiehlt. Um die sich täglich wiederholenden Vöbeln und Schimpfereien der kommunistischen Presse in Deutschland zu geben, dazu braucht man auch keine Journalisten. Dieses Konglomerat von Schmutz und Unfug können ein paar „Timmertreue“ oder ähnliche Gestalten viel stiller abheften.

Baden und Thüringen haben sich dem Rotfrontverbot angeschlossen. Baden hat außerdem bestimmt, daß öffentliche Demonstrationen ohne polizeiliche Genehmigung bedürfen.

Nachwehen der Sachsenwahl.



„Was hat denn der arme sächsische Löwe?“

„Der hat erst etliche Kommunisten und Deutschnationale gefressen, dann ein paar Nazis von sich gegeben. Au ist ihm schlecht.“

Das Anleihegesetz im Reichstag.

Begründungsrede des Finanzministers.

Der Reichstag hat bei seinem Wiederzusammentritt am Montag nachmittag eine erweiterte Tagesordnung vorgefunden, da der Regierungsentwurf über Maßnahmen zur Verbesserung der Kassenlage des Reiches (Anleihe) und die Beratung von Änderungen am Branntweinmonopol der Tagesordnung hinzugefügt worden sind.

Abg. Maslowski (Komm.) verlangt, daß der Antrag seiner Partei betreffend Aufhebung der Verbote der „Roten Fahne“ und des Roten Frontkämpfer-Bundes sofort beraten werde. Er behauptet, diese Verbote sollten dem Faschismus den Weg bereiten und die Wahrheit über die blutigen Berliner Maitage erschließen. Aber trotz alledem werde weiter bestehen — Rot Front. (Die Kommunisten wiederholten dreimal „Rot Front“ und rufen damit große Heiterkeit hervor.)

Gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrags wird Einspruch erhoben und gegen eine Minderheit der Oppositionsparteien beschlossen, das Anleihegesetz logisch zu verhandeln.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:

Den außerordentlichen Notstand unserer Kassenlage habe ich bereits wiederholt dargelegt; er ist entstanden durch die Uebernahme eines ungedeckten Extraordinariums aus früheren Jahren, durch die sinkende Konjunktur und durch die außerordentlich starke Arbeitslosigkeit, die durch den starken Frost noch verlängert wurde. Am 31. März 1929 hatten wir einen Kassenbedarf von 1635 Millionen, dem eine hauptsächlich kurzfristige Geldaufnahme von 1460 Millionen gegenüberstand. Rund 150 Millionen wurden durch Bankkredite gedeckt, die inzwischen zurückgezahlt sind. Seitdem ist eine

weitere Verschlechterung eingetreten.

Es muß versucht werden, die kurzfristigen Kredite durch eine langfristige Anleihe zu konsolidieren. Andere sofort wirksame Mittel sind nicht vorhanden. Um Ordnung in unsere Kassenlage zu bringen, wird eine Finanzreform notwendig sein; nicht neue Steuern, sondern zusammenhängende Maßnahmen, über die jetzt noch nichts Genaueres gesagt werden kann.

Verschiedene Rückzahlungen von Krediten des Reiches, die wir Ende März ermartet hatten, sind nicht erfolgt, so der Kredit an die Preußenkasse, der bei der schweren Notlage der Landwirtschaft gegenwärtig nicht zurückverlangt werden kann, sondern wird verlängert werden müssen. Der Eingang der Steuern hat sich verlangsamt, der Verlauf der Pariser Verhandlungen hat den Kapitalmarkt verengt, so daß die Kreditaufnahme durch das Reich außerordentlich erschwert ist. Trotz saisonmäßiger Besserung ist die Arbeitslosigkeit noch immer so stark, daß der Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung zu den 260 Millionen bis Ende Juni noch etwa 100 Millionen vom Reich gegeben werden müssen. Im letzten Etatsjahre hatten wir Ausgabenreste von 350 Millionen; infolge der Neugestaltung des Etats und der Streichungen werden diese Reste verschwinden, was die Kassenlage weiter erschwert. 1926 ist der außerordentliche Etat bewilligt worden unter der Annahme, daß seine langfristige Deckung durch Aufnahme einer Anleihe gelingen werde. Das ist aber nicht eingetroffen.

Kein Land Europas deckt seinen außerordentlichen Etat ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Kapitalmarktes.

Das Risiko, daß eine halbe Milliarde zu decken ist, können wir nicht weiter kurzfristig hinschieben. Unsere Bortage enthält neben der Anleihe von 500 Millionen die Genehmigung zum Verkauf der im Besitz des Reiches befindlichen Reichsbahnvorzugsaktien. Damit die Beträge hieraus nicht allzu rasch auf den Markt kommen, sollen die öffentlichen Versicherungsanstalten und die Sparkassen diese Aktien aufnehmen. Der Geldgang der Sparkassen im vorigen Jahr betrug 1,2 Milliarden. Die Ländergesetze verpflichten die meisten Sparkassen, einen Teil ihrer Gelder mündelsicher, in Reichs- und Länderanleihen anzulegen. Der Entwurf will die Reichsbahnvorzugsaktien den Reichsanleihen gleichstellen. Sie sind gleichfalls vom Reich garantiert und gehören zu den besten und gesichersten Papieren überhaupt. Wir üben aber einen Zwang nicht aus, sondern wollen in freiwilligen Verhandlungen mit den Sparkassen und Versicherungsanstalten prüfen, welche Beträge in Betracht kommen.

Um jedoch sofort zu helfen, schlagen wir die Anleihe vor. Sie muß bei der Lage des Kapitalmarktes mit einem besonderen Anreiz ausgestattet werden. Dem stehen ernste Erwägungen gegenüber. Aber wir befinden uns unter einem außerordentlichen Zwang, da können diese Bedenken wohl einmal für eine gewisse Zeit zurückgestellt werden, damit das Defizit überwunden wird. Die Steuerfreiheit der Anleihe ist der einzige Weg, um ihren Erfolg zu sichern. Das Reichsministerium gibt ohne weiteres zu, daß dagegen soziale Bedenken bestehen, aber durch Nichterhaltung der Zahlungspflichtigkeiten des Reiches würden noch bedenklichere Schwierigkeiten entstehen. Dieser Weg bietet bis zum nächsten Jahr die Möglichkeit, die Rückkäufe deutscher Kapitalien aus dem Ausland anzuregen. Natürlich kann es sich nur um eine einmalige Aktion handeln, deshalb können wir uns dem Wunsch des Reichsrates, eine solche Bewilligung auch den Ländern zu erteilen, nicht anschließen.

Der Minister sagt noch einmal die schon ausgeführten Gründe zusammen und hebt mit Nachdruck hervor, daß der augenblickliche Notstand nicht dazu veranlassen darf, die Finanzlage des Reiches pessimistisch zu beurteilen, und dadurch den Reichskredit noch mehr

zu erschüttern. Wer einen besseren Weg zu zeigen nicht imstande ist und auf die Befundung der Reichsfinanzen hinwirken will, muß an diesem Werk mitarbeiten, um dessen rasche Erledigung die Regierung bittet.

Abg. Ende (Komm.): Die sozialdemokratische Koalitionspolitik schenkt den Besitzern der größten Vermögen Millionen aus den Steuergrößen der Arbeiterschaft. Der Kuhhandel mit der Deutschen Volkspartei geht um die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Die Regierung ist finanziell und politisch bankrott.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Diese Ministerrede hat einen niederdrückenden Eindruck gemacht. Die verzwiefelte Finanzlage führt zu einem ganz verzwiefelten Vorschlag. Noch größere Bedenken als gegen die Steuerfreiheit sprechen gegen die Veräußerung der 400 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien. Wir behalten uns unsere Stellungnahme bis nach Beendigung der Ausschussberatung vor.

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Wenn es ernst ist darum, den Reichshaushalt zu ordnen, der kann sich der Mitarbeit nicht entziehen. Grundsätzlich haben auch wir gegen die Bortage sehr erhebliche Bedenken, und auch wir werden uns unsere endgültige Stellungnahme vorbehalten. (Gelächter rechts.) Wenn Sie nicht anders und bessere Vorschläge machen können, so wird uns kein anderer Weg übrig bleiben, als der, den die Regierung zeigt. Keine Partei hat wiederholt in erster Zeit bewiesen, daß sie vor der Verantwortung nicht zurückschreckt, und wir haben sie zu einer Zeit übernommen, wo es vorzuziehen und angenehmer gewesen wäre, in der Opposition zuzusehen, wie die anderen aus der Situation herauskommen.

Der kommunistische Redner hat die ganz neue Entdeckung gemacht, daß die Zinsen einer Anleihe den Kapitalisten zusteigen. Er hat seine heiße Liebe für den Bürgerblock und dessen Politik bekannt. Das ist der Klassenkampf der Kommunisten, und das ist ihre Einheitsfront nach rechts! (Geschrei der Kommunisten.)

Rußland hat keinen anderen Weg gewählt, sich Geld zu verschaffen, als durch Anleihen. Das können, was sie dort an Sachwerten noch übrig gelassen haben, ist an die Kapitalisten der ganzen Welt ausgeboten worden.

Denen man zurief: „Kommt und kauft uns das alles ab!“ (Sehr gut! bei den Soz.) Bei der Finanzlage des Reiches wäre es ein Verbrechen, nicht an der Besserung mitzuarbeiten, denn die Rückwirkungen auf unsere Gesamtwirtschaft und damit auf die wertvollen Wägen wären sonst die schlimmsten. Obwohl eine neue Inflation bei dem Stande unserer wirtschaftlichen Entwicklung für absehbare Zeit ausgeschlossen ist, leben wir gerade Leute, die sonst immer ihr nationales Empfinden betonen, Gerüchte verbreiten, daß die Wertbeständigkeit der Mark bedroht sei. Wir Sozialdemokraten sind allerdings nicht im Zweifel, daß im Konflikt zwischen materiellen Interessen und nationalem Empfinden in der Regel die ersten entscheiden. Schon die Rückwirkungen der Diskonterhöhung auf die Wirtschaft sollte uns zeigen, wie notwendig die Abhilfe ist. Statt dessen schreibt Herr Eugenberger Briefe nach Amerika, in denen er Amerika beschuldigt, den französischen Militarismus und den englischen Kriegsschiffbau zu finanzieren. Wir können unseren Wiederaufbau nicht ohne Auslandskredite bewerkstelligen. Auf diese Weise aber schädigt man die deutsche Kreditfähigkeit auf das schwerste. (Sehr wahr links.)

Ich sehe keine andere Möglichkeit, als das kapitalistische Interesse zum Vorspann für die Lösung des Finanzproblems zu machen. Wir sind in der kapitalistischen Wirtschaft und müssen einen gewissen Anreiz schaffen, um dieser notwendigen Anleihe den Erfolg zu sichern, sei es durch einen übermäßig hohen Zinsfuß, oder durch andere Vorteile, wie es hier geschieht. Es ist notwendig, in der schweren Finanznot, die uns der Krieg hinterlassen hat. Wenn Sie uns andere Wege weisen, sind wir gern bereit, sie zu beschreiten, falls sie nur einigermaßen gangbar sind. Kritik ist in diesem Fall leichter, als bessere Vorschläge machen. Bezeichnend genug, daß in einer Zeit solcher Kapitalnot einzelnes Kapital ins Ausland geht. Wir können uns darüber entrüsten, können auch an das nationale Pflichtgefühl appellieren, aber verhindern können wir es nicht. Appellieren Sie (nach rechts) doch, Sie haben doch bei den Kapitalisten mehr Ansehen als wir. Wir werden eine zeitliche Begrenzung der Begünstigungen dieses Anleihegesetzes antreiben, zumal wir hoffen, daß sie in kurzer Zeit den Erfolg hat. Um zur Gelandung unserer Finanzen zu kommen, müssen wir eben durch Widerwärtigkeiten hindurch. Ich wäre froh, wenn dies das letzte Hindernis wäre, das infolge des Krieges auf unserem Wege aufgerichtet ist. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Mollath (D.P.): Der Steuerausfall, den die Steuerfreiheit der Anleihe auch für die Länder und Gemeinden bringt, wird durch Erhöhung der Realsteuern ausgeglichen werden müssen. Wir haben gegen die Bortage die schwersten Bedenken.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Die Regierung ist bankrott, das ganze System ist pleite, wir appellieren an das Volk.

Abg. v. Sabel (Christl. nat. Bauernp.): Wir bewilligen der Regierung keine Mittel vor einer grundlegenden Finanzreform. Wir fordern Sparhaftigkeit, auch Herabsetzung der Reichstagsdiäten und radikalere Form der Arbeitslosenversicherung. Die Bortage ist unannehmbar, sie wird auch den Zins für Bankkredit erhöhen. Die Bortage geht an den Haushaltsausflug.

Am 17. Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 3 Uhr: Weiterberatung des Ernährungssetzes und 2. Beratung des Anleihegesetzes.

Wie steht's auf dem Arbeitsmarkt?

Saison und Konjunktur.

In wenigen Tagen ist Pfingsten und die Gewerkschaftsstatistik verzeichnet zur Stunde noch 19,5 Proz. arbeitslose Bauarbeiter. Wenn irgend etwas, dann beweist diese Zahl, daß die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die man gewöhnlich als Saisonarbeiter betrachtet, sehr stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig ist.

Die Winterarbeitslosigkeit des Baugewerbes ist nur zu einem Bruchteil saisonal bedingt. Der Deutsche Bauergewerksbund hat deshalb nicht Unrecht, wenn er in seiner Eingabe an die Reichsregierung und die Parlamente über die Arbeitslosenunterstützung bei berufsbildender Arbeitslosigkeit erklärt, daß die seit 1923/24 regelmäßig sehr hohe Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe keineswegs als normale Saisonarbeitslosigkeit angesehen werden kann. Sie ist, so heißt es in der Eingabe, zu einem sehr erheblichen Teil durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und andere Elemente der Konjunkturgegestaltung verursacht und muß insoweit auch als konjunkturelle Arbeitslosigkeit angesehen werden. Wäre die Beschäftigungsmöglichkeit im Baugewerbe gegeben — die technischen Hilfsmittel zur Überwindung der Winterinflüsse würden mit Hilfe amerikanischer Vorbilder sehr rasch gefunden werden.

Bei guter Konjunktur wäre es unmöglich, daß zurzeit noch so viele Bauarbeiter ohne Arbeit sind. Die Versteifung des Geldmarktes hat zweifellos der Belebung des Baugewerbes, wie sie vor einigen Wochen einsetzte, einen Knacks gegeben. Auf der anderen Seite wird auch in diesem Jahr leider wieder über bürokratische Unmöglichkeit bei der Hergabe von Hauszinssteuermitteln geklagt.

Wie wäre nun aber erst das Bild des Baugewerbes, wenn die Bauarbeiter für den größten Teil ihrer Winterarbeitslosigkeit keine Unterstützung erhalten hätten und zu Beginn der Bauzeit in erbitterten Lohnkämpfen durch scharfe Erhöhung der Löhne einen Ausgleich für die Winterschulden schaffen müßten?

Erfreulicherweise zeigen sich in anderen Industrien hoffnungsvolle Ansätze zur Belebung der Konjunktur. Der Sturz der Hauptunterstützungsziffer von 2,4 auf 1,1 Millionen binnen zwei Monaten zeigt mehr als deutlich, daß man es bei der letzten Winterarbeitslosigkeit mit etwas völlig Abnormen, mit einer Katastrophe zu tun hatte. Das muß immer wieder gegenüber dem verlogenen Gerüde über den Bankrott der Arbeitslosenversicherung festgestellt werden. Der Einbruch der Arbeitslosigkeit während des letzten Winters war mit der Wucht eines Naturereignisses über den Arbeitsmarkt gekommen. Wochenlang wurde in den Zeitungen von der Kältekatastrophe gesprochen. Daß diese Kältekatastrophe zusammen mit dem Konjunkturabstieg für den Arbeitsmarkt ebenfalls eine Katastrophe bedeutete, davon wollen aber die Gegner der Arbeitslosenversicherung nichts wissen und nichts hören. Sie dürfen die Tatsachen nicht zugeben, weil sonst ihre Behauptung, daß die Arbeitslosenversicherung den Dalles in der Klassenlage des Reiches hervorgerufen habe, sich sofort als Schwindel entpuppt. Sie wissen auch warum sie auf „Reform“ der Arbeitslosenversicherung drängen. Lügen haben kurze Beine. In einigen Monaten wäre die Panik vorbei, in einem Jahr wird man staunen, daß es Leute gegeben hat, die sich von der Vereinnahmung des Grufeln haben beibringen lassen.

Name: G. F., Arbeitszeit vom 3. 1. bis 10. 1. 1929, 35 Stunden à 13 Pf. gleich 4,55 M. Stücklohn (Pferdepflegerzulage) 1,70 M., Gesamtverdienst 6,25 M., Krankentafelbeitrag 0,84 M., Invalidenversicherung 0,45 M., Ausgezahlt am 12. 1. 1929: 4,96 M., Abzüglich Holzjettel, Nr. 47, 4 M., Demnach ausgezahlt 0,96 M.

Derselbe Deputant, Arbeitszeit vom 10. 1. bis 16. 1. 1929: 42 Stunden à 13 Pf. gleich 5,46 M. Stücklohn (Pferdepflegerzulage) 1,70 M., gleich Gesamtverdienst 7,16 M., Abzüglich Sozialbeitrag 1,29 M., abzüglich Rest für Holzjettel, Nr. 47, 4 M., Ausgezahlt 1,87 M.

Derselbe, Arbeitszeit vom 7. 2. bis 13. 2. 1929: 48 Stunden à 13 Pf. gleich 6,24 M., Pferdepflegerzulage 1,70 M., Gesamtverdienst 7,94 M., abzüglich Sozialbeitrag 1,29 M., Abzug für Holz 4 M., Ausgezahlt 2,65 M.

Derselbe Deputant, Arbeitszeit vom 7. 3. bis 19. 3. 1929: 48 Stunden à 13 Pf. gleich 6,24 M., Pferdepflegerzulage 1,70 M., gleich Gesamtverdienst 7,94 M., Abzug für Sozialbeiträge 1,29 M., Abzug für Holz 5 M., Ausgezahlt 1,65 M.

Derselbe, Arbeitszeit vom 14. 3. bis 20. 3. 1929: 60 Stunden à 15 Pf. gleich 9 M., Pferdepflegerzulage 1,90 M., Sonntagsarbeit 2 M., Gesamtverdienst 12,90 M., Abzüglich Sozialbeitrag 1,44 M., und für Holz 7,50 M., Auszahlung 3,96 M.

Das ist der wöchentliche Baroerdienst eines Familienvaters mit 6 Kindern! Es gehört schon die Kurzsichtigkeit und Verblendung eines landwirtschaftlichen Unternehmers dazu, sich einzubilden, daß ein Familienvater mit einem derartigen Verdienst auch nur im entferntesten seine Bedürfnisse und die seiner Familie erfüllen kann.

Lohnbewegung am Rhein.

Die Tarifverträge für die Rheinschiffahrt sind vom Deutschen Verkehrsband zum 30. Juni gekündigt worden, ebenso die Lohnverträge für die Hafenarbeiter des Rheingebietes, soweit sie nicht bereits von den Unternehmern gekündigt worden sind.

Die Löhne in der Rheinschiffahrt sind jetzt bereits seit 1927 in Geltung. Nach der Beendigung des Aussperrungskonflikts hat der Schlichter die alten Löhne von neuem festgesetzt. Die Hafenarbeiter hatten seinerzeit im Zusammenhang mit dem Aussperrungskonflikt in einigen wenigen Städten minimale Lohnverbesserungen zustande bekommen. In sehr vielen Orten bekamen sie aber noch weniger als diese bescheidenen Almosen oder gar nichts. Ihre Löhne stehen seit zwei Jahren auf demselben Niveau. Auf einer Konferenz der Hafenarbeiter des Niederrheins, die dieser Tage in Düsseldorf stattgefunden hat und die aus sämtlichen Hafenstädten überaus stark besucht war, wurde eine zehnprozentige Aufbesserung aller bestehenden Zeitlöhne gefordert. Dertliche Verhandlungen sollen abgelehnt werden.

Wasserstreik in Breslau.

Seit Montag, 13. Mai, streiken durch einstimmigen Beschluß der beteiligten Arbeiter des Wassergewerbes, sämtliche Mäler, Anstreicher und Lackierer, soweit sie in diesen Betrieben beschäftigt sind. Die schlesischen Arbeitgeber haben einen Schiedsspruch abgelehnt, der die minimale Lohnerhöhung von 4 bzw. 5 Pf. brachte. Da die Arbeitslage sehr gut ist, war die Arbeitsniederlegung die einzige Antwort auf das rückständige Verhalten der schlesischen Innungsmeister.

In fünf Breslauer Mühlen streiken die Arbeiter seit drei Wochen um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Eine nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossene Mühle erhöhte den Wochenlohn inzwischen um 3 Mark. Ebenso wollte eine dem Arbeitgeberverband angeschlossene Mühle eine ähnliche Zulage geben. Sie wurde jedoch durch die vom Arbeitgeberverband angeordnete hohe konventionale Strafe daran gehindert.

Gen.- und Geldtranskripten, Fraktionsungung Mittwoch, 15. Mai, 19 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5. Tagesordnung: Stellungnahme zur Reunahme der Brantentkommission. Mitgliedwahl legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19. Mai, tagen die Gruppen: Spandau: Gruppenheim, Stadt, Jugendheim, Lindenauer 1. Vortrag: „Unser Wandern“. — Frankfurter Allee: Gruppenheim, Stadt, Jugendheim, Wilmersstr. 18. Vortrag: „Die Arbeitslosigkeit des RPD“. — Neu-Westend: Gruppenheim, Unterstr. 44. Vortrag: „Organisationsfragen der Gewerkschaften“. — Randoberger Platz: Gruppenheim, Wilmersstr. 5. Vortrag: „Genossenschaftliche Selbsthilfe aus der Arbeiterbewegung“. — Köpenick: Gruppenheim, Schulz-Weidenbruchstr. 10-14 (Hortzimmer). Werberveranstaltung: „RPD in Wort und Bild“. — Humboldt: Gruppenheim, Graun-Eds Vorkingstr. Vortrag: „Auf dem Marsch durch Berlin“.

Juendarruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Nordwest: Gruppenheim, Eberstr. 18-19. Vortrag: „Jugendprobleme“. — Reinhold: Martha-Schulze-Freizeit. — Abendabend des RPD und Bewegungsdans um 10 Uhr in der Turnhalle der Schule Parocher Str. 30. Vorkingstr. mitbringen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: G. Ringelböck; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revision: R. J. Eißner; Sozial- und Sonstiges: Fritz Korbmann; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die Verschmelzung marschiert.

Verkehrs-, Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Am Sonnabend tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz des erweiterten Vorstandes des Deutschen Verkehrsbandes, an der neben den Vizeleitern und den Bevollmächtigten der großen Verwaltungsstellen die Genossen Fritz Müntner und Pippert vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilnahmen.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtete der Vorsitzende des Verkehrsbandes, Genosse Schumann, über den Stand der Zusammenschlußverhandlungen mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Im Dezember des vergangenen Jahres hatten die leitenden Körperschaften des Deutschen Verkehrsbandes und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, nachdem der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands auf Grund seines Frankfurter Verbandsratsbeschlusses zunächst auschied, beschlossen, die Verhandlungen über den Zusammenschluß beider Verbände sofort aufzunehmen.

Die Prüfung aller für den Zusammenschluß in Betracht kommenden Einzelfragen wurde einer sechsgliederigen Kommission übertragen, der auch die Aufgabe zugewiesen wurde, den beiderseitigen Körperschaften formulierte Vorschläge zu unterbreiten. Diese Kommission hat in der Zwischenzeit wiederholt getagt und Formulierungen ausgearbeitet, die sich auf die Gliederung bzw. den Aufbau der neuen Organisation und auf die Regelung der Beitragsfrage beziehen. Der Referent erläuterte diese Vorschläge im einzelnen und ersuchte die Konferenz, den Vorstand zu ermächtigen, die Verhandlungen auf der Grundlage dieser Vorschläge weiterzuführen.

Nach einer kurzen Diskussion, in der auch der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Genosse Müntner, das Wort nahm, billigte die Konferenz einstimmig den Bericht des Genossen Schumann.

Zu dem Tagesordnungspunkt: „Stellungnahme zum Arbeitsschutzgesetzentwurf“ erstattete Genosse Pippert ein eingehendes Referat. Die Konferenz faßte hierzu nach einer kurzen Aussprache einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

„Nach Ansicht der Konferenz ist dieser Entwurf lediglich eine Zusammenfassung der vorhandenen Bestimmungen über den Arbeitsschutz. Er trägt den Forderungen der Neuzeit in keiner Weise Rechnung. Dagegen berücksichtigt er die Wünsche und Forderungen der reaktionären Arbeitgeber aus dem Handels- und Verkehrsgewerbe in umfangreichem Maße.“

Die Abschnitte über Geltungsbereich, Arbeitszeit mit den Unterabschnitten über andere Verteilung der Arbeitszeit, Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeit, Arbeitsbereitschaft und Mehrarbeit, sowie die Abschnitte über Sonntagsruhe, Wadenschluß und Arbeitsaufsicht, haben bei den im Handels- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeitnehmern große Erbitterung hervorgerufen, weil sie ihnen Nachteile statt Verbesserungen bringen.“

In Anbetracht der Unzulänglichkeit des Entwurfs faßte die Konferenz ihre Forderungen nochmals zusammen in der Erwartung, daß bei der endgültigen Fassung des Gesetzes diese Forderungen beachtet werden.

Reaktionär bis zum Antipatriotismus.

Was sich ein Handelskammerpräsident erlauben darf.

Nichts ist so dumm — es findet doch sein Publikum. Nach dieser Devise führen die Sozialreaktionäre den Kampf gegen die Sozialpolitik. So brachte es vor kurzem der Präsident der Mannheimer Handelskammer Venel fertig, in Karlsruhe bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Bundes Badischer Arbeitgeberverbände zu behaupten, die Industrie sei gezwungen, ins Ausland abzuwandern und dort Filialen zu errichten, weil die Belastung für soziale Zwecke in Deutschland zu groß sei.

Wertwürdig! In dasselbe Deutschland kommen die Amerikaner und bauen Fabriken. Sie kommen wahrscheinlich deswegen, weil ihnen die Belastung für soziale Zwecke in Deutschland ein besonderes Vergnügen macht. Oder gehört das Herunterreißen des eigenen Vaterlandes zu den Besonderheiten der nationalen Deutschen, zu denen sich besagter Venel zweifellos zählt?

Wieder ein Spaltungsversuch.

APD. gegen Arbeitsinvaliden.

Die APD. hat einen „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“ ausgerufen, um Dumme zu fangen. Da sie damit nur spärliche Erfolge erzielt hat, versucht sie innerhalb des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands eine Spaltung zu organisieren, um auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ihre gelichteten Reihen aufzufüllen.

In einem mit dem Sowjetstern geschmückten Flugblatt werden die Mitglieder des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden aufgefordert, als „Opposition“ im Zentralverband mit der APD. „gegen die reformistischen Verräter“ zu kämpfen. Eine Versammlung der Funktionäre des Gau Berlin des Zentralverbandes gab den Spalterern die gebührende Antwort. In einer Entschließung der Funktionäre heißt es darüber zum Schluß:

„Sie (die Funktionäre) stellen einmütig fest, daß es eine Opposition im Gau Berlin des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden nicht gibt, wie sie bei dem Internationalen Bund vorhanden ist, und freuen sich, daß bereits ein Teil der Arbeitsinvaliden aus dieser Organisation, insbesondere in der letzten Zeit, den Weg zum Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands gefunden hat.“

Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft.

Lohnzettel eines verheirateten Landarbeiters.

Ein zuverlässiger Anhaltspunkt für die Beurteilung der Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft sind immer wieder die Lohnzettel, die den Landarbeitern bei der Auszahlung ihres Lohnes ausgehändigt werden. Aus einigen Lohnzetteln, die dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes von einem Landarbeiter (Deputanten) aus der Nähe von Frankfurt a. d. O. zur Verfügung gestellt werden, geht folgendes hervor:

Sie alle bevorzugen Kakao in dieser Zubereitung

Kakao, unter Verwendung von Libby's Milch hergestellt, ist ein besonders wertvolles Getränk. Versuchen Sie diese Zubereitung für Ihre Kinder und Sie werden feststellen, daß Kakao mit Libby's Milch ganz besonders mild und schmackhaft wird. Libby's Milch erhöht den Nährwert des Kakao und ist sehr viel billiger als Rahm.

Libby's

Evaporierter Milch

Deutsche Libby Gesellschaft m-b.H., Hamburg 1



Richter und Staatsanwälte als Zeugen.

Die Vernehmungen im Prozeß Dujardin.

Insterburg, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Im Prozeß Dujardin kam es heute wiederholt zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Der Hauptteil der Verhandlung wurde ausgefüllt durch die Vernehmung der Richter und Staatsanwälte, die 1920 die Untersuchung im Mordfall Jaquet leiteten.

Zunor sagte der Diplomhandelslehrer Hermann Schubarth aus, daß der zweite Ehemann der Frau Jaquet, Hoelzner, ihm von Mordabsichten seiner Frau Mitteilung gemacht habe. Er sei angetrunken nach Hause gekommen und eingeschlafen, da habe ihn seine Frau an Händen und Füßen gebunden und ihm eine Gardinenschnur um den Hals gelegt. Hoelzner habe gesagt:

„Sie wollte es mit mir so machen wie mit Ihrem ersten Mann.“

Darauf wurde Landgerichtsdirektor Schmidt, der Vorsitzende des Prozesses vor 10 Jahren, vernommen. Er sagte aus: Ich bin mit dem Untersuchungsrichter nach Klein-Rohlschken gefahren und bekam von den Verbliebenen einen verblüffenden Eindruck. Der Schwerpunkt lag in den Verbliebenen. Darauf haute ich den Prozeß, und die Vernehmung der Angeklagten daraufhin war für mich der Kernpunkt. Nach dem Bilde der Akten lautete die Anklage auf Mord. Wenn man die Anklage aber weiter kannte, ergab sich die Möglichkeit, daß es auf Diebstahl abgesehen war, und daß es dann erst zur Tötung Jaquets gekommen sei. Bei Frau Jaquet war die Möglichkeit des Mordes, bei Dujardin die des Totschlags gegeben. Dujardin verteidigte sich sehr geschickt. Er hat damals nichts zu seiner Verteidigung unterlassen. Auch Frau Jaquet verteidigte sich kurz und energisch. Ich hatte das Gefühl: Es kam alles natürlich aus ihr heraus. Die Geschworenen haben damals in unübertrefflicher Pflichttreue ihres Amtes gewaltet, ich bebaue tief, daß dieses vorzügliche Volksgeschicht verschwunden ist. — Dujardin fragt, warum man denn damals nicht auf den Gedanken kam, das Schließen im Schlafzimmer, den Bettlauf usw. zu veranstalten, wie es das Gericht jetzt getan hat. Da sei ein unverzeihlicher Fehler gewesen. Der Zeuge sagt erregt, daß er nichts verabsäumt habe, sonst hätte er bis zum heutigen Tage nicht ruhig schlafen können. Bei dieser Aeußerung ertönt lautes Lachen im Zuhörerraum, so daß der Vorsitzende mit Räumung droht. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schönfeld, legt dann die Frage ein: „Sie haben doch an Dujardin die Frage: Mord oder Totschlag? gerichtet. Stellten Sie diese Frage auch an Frau Hoelzner? Der Zeuge sagte nach einer Pause: Nein. Wieder Lachen im Zuhörerraum.

Im Anschluß daran wurde Landgerichtsdirektor Otto Brandtner vernommen. Er leitete die Voruntersuchung in der ersten Instanz. Er hat in Klein-Rohlschken den ersten Lokalforscher vernommen. Er sagte: Haben Sie diese Blutspuren sicher festgestellt? am Morgen nach dem Mord vorgenommen. Er stellte fest, daß an der Schlafzimmertür Blutspuren vorhanden waren. Antwort: Nein. Vors.: Haben Sie wenigstens die Blutspuren gemessen? Antwort: Nein. (Große Bewegung im Gerichtssaal.) Der Verteidiger sagte: Herr Vorsitzender, wenn eben nicht neues Tatmaterial vorliegen würde, dann sähen wir alle jetzt nicht hier. Es hat erst eine Arbeit von acht Jahren bedurft, um das Material zusammenzutragen. Der Zeuge berichtete weiterhin, daß er den Schuß in der Hand der Frau Jaquet für tingiert hielt. Auffällig war ihm, daß Frau Jaquet und Dujardin sich nicht gegenseitig belasteten. Dann wurde

Oberstaatsanwalt Fradenpol.

der Ankläger der ersten Instanz, vernommen. Eine der wichtigsten Fragen kam zur Debatte. Der Vorsitzende sagte: Ist Ihnen be-

kannt, daß Frau Jaquet Ihnen nach der Hauptverhandlung Mitteilung über einen in ihrem Hause gefundenen blutbefleckten Mantel machte? Das hätte doch wie eine Bombe wirken müssen! Der Oberstaatsanwalt antwortete: Nein, Frau Jaquet war nach dem Urteil nur einmal bei der Staatsanwaltschaft, um über ihre Entschädigung zu verhandeln. — Die Zeugin Hoelzner behauptete das Gegenteil, der Oberstaatsanwalt erklärte, daß sich bei den Akten kein Vermerk über solchen Eingang befände. Der Zeuge sprach sich dahin aus, daß nach seiner damaligen Ansicht Dujardin und Frau Jaquet zusammenarbeiteten. Oberstaatsanwalt Fradenpol sagte: Nach meiner Ueberzeugung war kein Fremder im Schlafzimmer. Den zweiten Schuß hat entweder Frau Jaquet oder

Dujardin abgefeuert. Als der Oberstaatsanwalt die saloppe Art Dujardins rügte, sprang der Angeklagte auf und rief: Wie können Sie das sagen, Sie haben mich etwa zwei- bis dreimal im Gefängnis aufgesucht und taum mit mir gesprochen. — Der Verteidiger der Frau Jaquet-Hoelzner in der ersten Instanz, Rechtsanwalt Aschanasyn aus Königsberg, wurde auf Veranlassung des Staatsanwalts mit Zustimmung seiner Mandantin der Schweigepflicht entbunden. Der Staatsanwalt befragte ihn, ob Frau Jaquet-Hoelzner ihm seinerzeit ein Geständnis abgelegt habe. Der Zeuge erklärte, daß er sich heute daran nicht mehr erinnern könne. Dann wandte sich das Gericht wieder dem Beweisthema zu, wie die zweite Ehe der Frau Hoelzner verlaufen sei und ob die Gerüchte über den zweiten Tötungsversuch Glauben verdienen. Die Frau des Kriminalsekretärs Neumann behauptete, wie es ihr Mann schon vorgestern tat, daß Hoelzner 1924 sein Herz ausgeschüttet und von dem geplanten Mord überfall seiner Frau erzählt habe.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr verlagert.

Werder steht in Blüte.

Alle Bäume in Werder haben sich so schön wie möglich aufgestellt, um sich so schön wie möglich darzubieten. Ihrer weißen Reinheit kann nicht einmal der berühmte Werdersche Chauffeestaub etwas anhaben. Weiß, rein und lieblich anzusehen, grüßen sie schon vom Wasser aus. Und wenn man durch diese wogende Reinheit geht, blütenweiß, so weit das Auge reicht, dazwischen silbernes Blinken der Haselzweige, geht man wie durch ein Wunder und fragt sich, wie schnell, wie plötzlich diese Pracht sich erschließen konnte. Alles überstrahlt das Weiß der Kirschblüten, die leichten Schattierungen des Zartrosa der Pfirsichblüten leuchten in diesem Jahre fast ganz, weil viele Pfirsichbäume dem Frost dieses Winters zum Opfer gefallen sind. Aber auch die rosenroten Spitzen der Apfelblüten sehen schon der Sonne entgegen, und in ein paar Tagen wird das jetzt allein herrschende Weiß sich die Konkurrenz des Rosenrot gefallen lassen müssen. Die Stadt Werder hat gut vorbereitet, um all die Blütenhungrigen und Obstweindurstigen recht festlich aufzunehmen.



Der „Höhepunkt“ einer Blütenfahrt.

Der Bahn, mit dem Dampfer, mit Ruder- und Motorbooten, auf Fahr- und Motorrädern und mit Autos waren sie am Sonntag gekommen. Wer könnte sie zählen? Es mögen wohl an 100 000 Besucher in Werder gewesen sein. Allein die 42 Kilometer lange Chauffee Berlin-Werder eine einzige lange Reihe Radfahrer! Wenn man von 5000 bis 6000 Autos spricht, ist das nicht übertrieben.

In Potsdam und Werder trotz des unglaublichen Gedränges eine musterhafte Ordnung, der Verkehr klappte vorzüglich! Die Schupo, die um ein Vielfaches verstärkt war, arbeitete mustergültig, das muß anerkannt werden. Von Geltow-Glinow bis Werder ein einziges Blütenmeer! Überall Händler mit Blütenzweigen! Fast vor jedem Hause ein weißgebackter Tisch mit dem üblichen Obstwein! Aus jedem Obstgarten hatte man einen Volksgarten gemacht. Da saßen Männlein und Weiblein, Alt und Jung

unter den Blüten und waren selig, sangen Lieder vom Mai, vom Lenz und von der Liebe. In den Gärten sah es schon am frühen Nachmittag wüst aus. Da wurde der Obstwein einfach aus der Flasche getrunken, um sie dann in weitem Bogen wegzuschleudern. Das warme Wetter und der warme Wein taten dann auch bald ihre Wirkung. Später spielten sich fürchterliche Dinge ab, die man zum Teil verschweigen muß. Der Wein floß in Strömen, die Heimsfahrt war für viele eine Tragödie. Noch spät abends irrten viele planlos in den Straßen umher. Auch die vielen Radfahrer hatten ihre liebe Not auf dem Nachhauseweg. Alle hundert Meter lag einer im Chauffeegraben und konnte nicht mehr weiter. Manche zerbrachen oder zerbeulten die Räder, daß sie auf dem Rücken weggetragen werden mußten, wenn die Fahrer dazu noch in Stande waren. Der Ansturm auf die Bahn war einfach lebensgefährlich. Mit zerrissenen Kleidern und ohne Hüte mögen gar viele heimgekehrt sein, wobei man sich unwillkürlich fragt, ob all die vielen Menschen nur der herrlichen Blütenpracht wegen hinausgezogen waren...

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Und er glaubte so fest an diese Theorie, daß er ein halbes Duzend Expeditionen ausrüstete, um die Gegend um den Indian-River, jenseits der großen Wasserscheide, zu untersuchen. Andere Männer, die selbst nicht das Glück gehabt hatten, sich Claims an den guten Flüssen abzusteden, lieh er auf seinen Bonanza-Claims arbeiten. Er bezahlte sie gut — je zehn Dollar täglich für die Achtstundenschicht, und er arbeitete in drei Schichten. Er hatte Proviant genug, um die Sache in Gang zu bringen, und als die „Bella“ mit Borräten beladen landete, überließ er Jack Kearns ein Grundstück zur Errichtung eines Warenhauses gegen die Verpflichtung, alle seine Leute den Winter 1896 über mit Proviant zu versorgen. Als zudem ein Hungersnot ausbrach und das Mehl für zwei Dollar das Pfund verkauft wurde, konnte Danlight doch ständig die drei Schichten auf seinem Bonanza-Creek arbeiten lassen. Andere Minenbesitzer zahlten ihren Leuten fünfzehn Dollar täglich, aber er war der erste gewesen, der andere für sich arbeiten ließ, und hatte ihnen von Anfang an eine ganze Unze täglich bezahlt. Der Erfolg war, daß er nur ausgesuchte Männer hatte, die mehr herausholten als ihren hohen Lohn.

Eines seiner wildesten Spiele fand im Frühwinter statt, als eben alles zugefroren war. Hunderte von Neuanfömmelungen waren, nachdem sie ihre Claims anderswo am Bonanza abgesteckt hatten, gekrönt den Fluß hinunter nach Forty Mile und Circle City gereist. Danlight nahm bei der Alaska Commercial Company eine Anleihe auf einen seiner Bonanza-Claims auf und steckte ein Akkreditiv in die Tasche. Dann spannte er seine Hunde vor den Schlitten und fuhr mit einer Schnelligkeit, wie nur er sie kannte, über das Eis hinab. Ein Indianer auf der Hinfahrt, einer auf der Rückfahrt und vier Gespanne Hunde waren sein Verbrauch auf dieser Reise. Und in Forty Mile und Circle City kaufte er haufenweise Claims. Wie sich später zeigte, waren viele von ihnen ganz wertlos, aber andere gaben noch verblüffendere Ergebnisse als die am Bonanza. Er kaufte rechts und links und zahlte alle möglichen Preise von fünfzig Dollar bis

fünftausend. Dies war der höchste Preis, den er bezahlte, und das betreffende Geschäft wurde im Tivoli abgeschlossen. Es war ein Claim am oberen Eldorado; als er abgeschlossen hatte, erhob sich Jacob Wilkins, einer von den Alten, der gerade von einer Besichtigung der Elchweiden zurückgekehrt war, und verließ den Raum mit den Worten: „Ich kenne dich nun seit sieben Jahren, Danlight, und ich hab dich immer für einen vernünftigen Menschen gehalten. Aber jetzt läßt du dich regelrecht ausplündern. Das ist ja der reine Straßenraub. Fünftausend für einen Claim in der verfluchten Elchgegend, das ist Schwindel. Das kann ich nicht mit ansehen, wie du dich beschwindeln läßt.“

„Und ich sage dir, Wilkins,“ erwiderte Danlight, „Carmads Fund ist so groß, daß wir ihn noch gar nicht übersehen können. Es ist die reine Lotterie. Jeder Claim, den ich kaufe, ist ein Los. Und es gibt sicher mächtige Gewinne.“

Jacob Wilkins, der in der offenen Tür stehengeblieben war, schauerte ungläubig.

„Geseht, Wilkins,“ fuhr Danlight fort, „geseht, ihr wüßtet, daß es Suppe regnen würde. Was würdet ihr tun? Köffel kaufen, selbstverständlich. Schön, ich kaufe Köffel. Es wird Suppe regnen in Klondike, und wer Gabeln hat, kriegt nichts ab.“

Aber jetzt schlug Wilkins die Tür hinter sich zu, und Danlight schloß den Kauf des Claims ab.

Als er wieder nach Dawson zurückgekehrt war, arbeitete er wie nie zuvor in seinem Leben, obwohl er seinem Wort, weder Hacke noch Schaufel je wieder anzurühren, treu blieb. Er hatte tausend Eilen im Feuer, und die hielten ihn in Atem. Er mußte oft nach den verschiedenen Flüssen und Bächen reisen, um zu entscheiden, welche Claims er abstoßen und welche er behalten sollte. Ehe er nach Alaska kam, hatte er in Quarzminen gearbeitet, und er träumte davon, die Mutterader zu finden. Ein Goldwäscherlager, das wußte er, war vergänglich, aber ein Quarzlager behielt seinen Wert. Er schickte Männer in die Berge, die monatelang nach der Mutterader suchten. Aber sie wurde nie gefunden, und viele Jahre später schätzte er, daß ihn das Suchen fünfzigtausend Dollar gekostet hatte.

Aber er spielte hoch. Waren seine Ausgaben groß, so waren seine Einnahmen noch größer. Er nahm alles mit, kaufte halbe Anteile, teilte mit den Männern, die er verproviantierte, und nahm selbst Ortsuntersuchungen vor. Tag und Nacht waren seine Hunde bereit; er besaß die schnellsten Gespanne, so daß er immer unter den ersten war, wenn ein neuer Fund gemacht wurde. Er fuhr in den längsten und kältesten Nächten, bis er seine Pfähle zunächst dem Entdecker-

plage angebracht hatte. Jedenfalls kam er in den Besitz von Claims an allen guten Flüssen, gar nicht zu reden von vielen wertlosen, und so besaß er Gründe am Sulphur, am Dominico und Excelsis, am Siwash, am Cristo, Alhambra und am Doolittle. Die Tausende, die er hinauswarf, kamen in Zehntausenden zurück. Die Leute von Forty Mile erzählten die Geschichte von seinen zwei Tonnen Mehl und berechneten, was sie ihm eingebracht hatten; es mußte zwischen einer halben und einer Million sein. Eines wußte man ganz sicher, daß der Eldorado-Claim, den er für einen halben Sack Mehl gekauft hatte, heute fünfhunderttausend wert war. Andererseits wurde erzählt, daß er der Tänzerin Freda, die in einer Petersboroughhölle von der anderen Seite der Pässe kam und tausend Dollar für zehn Sack Mehl bot, aber niemand finden konnte, der es ihr verkaufen wollte, das Mehl als Geschenk schickte, ohne sie auch nur sehen zu wollen. Ebenso sandte er dem einsamen katholischen Geistlichen, der im Begriff war, das erste Hospital zu errichten, zehn Sack.

Seine Freigebigkeit war zügellos. Manche nannten sie wahnsinnig. Es war ja auch der reine Wahnsinn, einer Tänzerin und einem Pfaffen zwanzig ganze Säcke zu schenken, wenn ein Sack Mehl ihm eine halbe Million einbrachte. Aber das war nun einmal seine Art. Geld bedeutete ihm nicht mehr als Spielmarken. Nur das Spiel hatte Wert für ihn. Der Besitz von Millionen bewirkte keine Veränderung bei ihm, nur betrieb er das Spiel noch leidenschaftlicher. Von seltenen Gelegenheiten abgesehen, war er immer mäßig gewesen, aber jetzt, da er in der Lage war, sich jeden Tag Spirituosen in unbegrenzten Mengen zu verschaffen, trank er noch weniger. Die durchgreifendste Veränderung war, daß er, außer auf Schlittenreisen, nicht mehr selbst kochte. Ein verdrachter Minenarbeiter hauste mit ihm in seiner Blockhütte und kochte für ihn. Aber es war das selbe Essen: Speck, Bohnen, Mehl, Pfäulen, Dörrobst und Reis. Auch seine Kleidung war immer noch die gleiche: Ueberziehhosen, lange Strümpfe, Mokassins, Flanellhemd, Pelzmütze und ein wollener Rock. Zigarren, von denen die billigsten einen halben oder einen Dollar das Stück kosteten, rauchte er nicht. Er begnügte sich mit Zigaretten aus Bull-Durham-Tabak und braunem Papier, die er sich selbst drehte. Es ist wahr, daß er mehr Hunde hielt als andere und riesige Preise für sie bezahlte. Aber das war kein Luxus, sondern Geschäft. Seine Fahrten und Reisen erforderten Eile. Und nur, um Zeit zu sparen, nahm er sich einen Koch. Er hatte keine Zeit, selbst zu kochen, das war alles. Es wäre ein schlechtes Geschäft gewesen, Zeit zu verschwenden, wenn man um Millionen spielte. (Fortsetzung folgt.)

Sozialer Städtebau.

Seine Voraussetzung: eine zielklare Bodenpolitik der Stadt.

In der Kommunalpolitischen Vortragsreihe der Arbeiterbildungsschule und des kommunalen Sekretariats sprach Stadtbaurat Genosse Dr.-Ing. Wagner über „Stadtplanung“.

Was ist Stadtplanung und Städtebau? fragte Wagner. Städtebau ist heute, führte er aus, keine engere Fachwissenschaft mehr, um die sich die Allgemeinheit und die Spezialisten der Politik und der Wissenschaft nicht zu kümmern haben. Städtebau ist praktisch angewandte Volkswirtschaft und wie sie ein Führer und Leiter einer ganzen Reihe von Spezialzweigen der Kommunalpolitik. Städteplanung oder Städtebau ist nicht denkbar, ohne daß man das Bebauungsplanwesen, das Bauordnungswesen, das Vermessungswesen, den Straßenbau, den Verkehr, das Grundstückswesen, den Hochbau und das Wohnungswesen unter eine einheitliche, nach festen und klaren Zielen orientierte Leitung stellt. Diese Disziplinen des Städtebaues sind in Klein- und Mittelstädten bereits unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt. In einer Großstadt ist das ebenso und noch dringender erforderlich. Der Umfang eines so zusammengefaßten Dezernates ist für die praktische Arbeit ebenso wenig eine Gefahr, wie die Zusammenfassung zusammengehörender Verwaltungszweige in einem Ministerium unter einem Minister.

Auf einige Teilprobleme des Städtebaues ging Stadtbaurat Wagner näher ein. Er erörterte sie besonders von dem Gesichtspunkt aus, der für den Sozialismus gegeben ist.

Weiter schilderte der Vortragende die großen Erfolge, die Berlin in der Wohnungsreform aufzuweisen hat. In der Zeit vor dem Kriege beherrschte den Wohnungsbau die private Spekulation, die in Seitenflügeln und Hinterhäusern licht- und luftlose Wohnungen unterbrachte. Mit diesen „Wohnungen“ verglich man die Woh-

nungsbauten der Nachkriegszeit, die von aller Welt, auch vom Ausland, bewundert werden! Zu leisten ist auf dem Gebiet des Wohnungsbaus noch ein großzügiger organisatorischer Unterbau der städtischen Wohnungspolitik mit dem Ziel der Vermehrung und Verbilligung der Volkswohnungen. In ästhetischer Hinsicht vollzieht sich eine Wandlung der künstlerischen Anschauungen über das Stadtbild, die sich den sozialistischen Anschauungen immer mehr nähern. Vom Individualismus geht der Weg zum Kollektivismus. Ganze Straßenzüge und ganze Stadtteile beginnen sich nach einheitlichen Formen zu gestalten. Diese Formen sind nicht mehr die Formen der alten und der neuen Reichen, sondern die Formen des Volkes.

Zum Schluß beleuchtete Stadtbaurat Wagner die Schwierigkeiten, die dem sozialen und großzügigen Städtebau dadurch entstehen, daß die Stadt Berlin nicht herr im Roten Hause ist, sondern von mannigfachen Regierungsinstanzen wie eine unmündige Gemeinde behandelt wird. Jeder Bebauungsplan, jede Bauordnung, jede Abänderung des Bauzonenplans usw. muß erst über zahlreiche Instanzen hinweg bis zum Ministerium gelangen, um dort auf ein mehr oder weniger großes Verständnis zu stoßen. Berlin ist keine Kleinstadt mehr, sondern eine Weltstadt. Sie wird von Köpfen regiert, die vom Städtebau genug verstanden, ihn allein und ohne die Aufsicht der behindernden Instanzen zu pflegen. Eine neue Städteordnung und ein neues Städtebaugesetz — nicht dasjenige, das dem Landtag vorgelegt werden wird — müssen der Stadt Berlin größere Freiheit geben.

Der alle wichtigen Teilfragen des Städtebaues berührende Vortrag des Genossen Wagner wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Maiunruhen vor dem Schnellrichter Zwei weitere Verhandlungen.

Wir berichteten im gestrigen „Abend“ über zwei Verhandlungen vor dem Schöffengericht in Moabit gegen den Berliner Maiunruher. Es ist nachzutragen:

Die dritte Verhandlung vor dem Schnellgericht des Schöffengerichts betraf den arbeitslosen Erich Grabel, der von einem Polizisten beobachtet wurde, wie er mit einem großen Stein warf. Der Polizist hatte ihn schon lange beobachtet und verfolgte ihn dann, um ihn festzunehmen. Ein Irrtum ist nach Ansicht des Beamten ausgeschlossen. Der Angeklagte bestritt, mit Steinen geworfen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, da Flußverbot nicht vorlag. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Die letzte Anklage lautete auf schweren Mord und Landfriedensbruch und Aufforderung zu diesen Straftaten. Außerdem soll sich der Angeklagte, Gutsarbeiter Josef Hagedorn aus Maltow, als Räubersführer betätigt haben. Anwalt beauftragt ihn, wie er immer wieder Zusammenkünfte um sich bilde und die Demonstranten auf dem Bülowplatz dirigiere. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete wegen schweren Landfriedensbruchs auf 7 Monate Gefängnis.

Rufmann, Caspary und Pelzer. Verhandlung vor dem Großen Disziplinarsenat.

Vor dem Großen Disziplinarsenat des Kammergerichts unter Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Dr. Tigges begann heute Vormittag die Berufungsverhandlung in dem Disziplinarverfahren gegen die Gerichtsassessoren Rufmann und Caspary und gegen Landgerichtsrat Pelzer.

In der ersten Instanz hatte der Kleine Disziplinarsenat des Kammergerichts durch Urteil vom 7. Juni 1928 gegen Rufmann auf Dienstentlassung, gegen Caspary und Pelzer auf Verweis erkannt. Der Generalstaatsanwalt hatte bei allen drei Verurteilten Berufung eingelegt, ebenso auch Rufmann und Pelzer, während Caspary die von ihm eingelegte Berufung zurückgezogen hatte. Vom Dienst suspendiert ist nur Gerichtsassessor Rufmann. Es handelt sich bei dem Disziplinarverfahren bekanntlich um die Anschuldigungen, die während des Rüstler- und Barmat-Verfahrens gegen Rufmann, Caspary und Dr. Pelzer erhoben worden sind. Bei Rufmann hatte außerdem noch sein außerordentliches Verhalten in einer Ehrverletzungsangelegenheit als besonders schwerwiegend zur Verurteilung geführt. Pelzer ist bereits einmal mit einem Verweis bestraft worden und zwar wegen seines Vorgehens in dem Untersuchungsverfahren gegen den verstorbenen Reichspostminister Dr. Höfle. Der Berichterstatter Amtsgerichtsrat Schulze trug dann die einzelnen Anschuldigungspunkte vor. Es wird Rufmann vorgeworfen, daß er mit der Presse Verbindung gehabt und eine Reihe von Zeitungsartikeln veröffentlicht hat, daß er unzulässigerweise den Hauptmann a. D. Knoll bei der Barmat-Untersuchung hinzugezogen hat, daß er

dem Rechtsanwalt Müller-Planen in dessen Prozeß gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann Unterstützung zugesagt

hat, daß er unehrenhaftes Benehmen gegen den Bankier W. an den Tag gelegt und den Erfolg der Auslagen für seine Reise von ihm verlangt hat, auf der er Ehebruch mit der Frau W. getrieben hat und daß er schließlich mehrere Unwahrheiten gegenüber seinen Vorgesetzten und dem Barmatauschuß gesagt und sich dessen noch öffentlich gerühmt habe. Dr. Caspary wird gleichfalls Verbindung mit der Presse, die pflichtwidrige Aushändigung des sogenannten Haac-Protokolls vorgeworfen, ferner hat er noch

eine Eingabe an den Justizminister gerichtet, in der er in nicht zulässiger Form sich gegen angebliche illegale Einflüsse bei der Barmatuntersuchung gemandt hat, und schließlich wird ihm noch zur Last gelegt, daß er einen gegen Justizrat Werthauer gerichteten Artikel aus dem „Fridericus“ in seinem Amtszimmer so aufgehängt hat, daß alle Besucher ihn sehen konnten. Landgerichtsrat Pelzer wird vorgeworfen, daß er Hauptmann a. D. Knoll in pflichtwidriger Weise eine Denkschrift des Oberrechnungshofes überlassen hat und daß er dem Oberstaatsanwalt Tefkoff gegenüber gewisse Unwahrheiten behauptet hat. Ferner wird ihm wie den anderen Angeklagten auch unzulässige Verbindung mit der Presse vorgeworfen.

In dem Verfahren werden die ganzen Vorgänge noch einmal bis ins einzelne erörtert werden.

Der flüchtige Notar.

Dr. Karl Cohn und Herr von Karstenn.

Wie wir erfahren, sind gegen den flüchtigen Notar Dr. Karl Cohn inzwischen zwei weitere Strafanzeigen Geschädigter bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Es verlautet, daß Cohn nach Amerika gereist ist.

Im übrigen ist anzunehmen, daß sich die Ermittlungen auch auf die Person des Herrn v. Karstenn ausdehnen werden, dessen Schuldanteil allein in Berlin ebenfalls auf mehr als eine halbe Million veranschlagt wird. Einem Hotelbesitzer aus der Hardenbergstraße ist er allein für mehr als ein Jahr die Aufenthaltskosten für seine gesamte achtköpfige Familie schuldig geblieben. Dabei ist die Tatsache von Interesse, daß v. Karstenn das Gut Blankenfelde von den Erben der Frau Margarete v. Schaeffer-Bolt ohne einen Pfennig erworben hat, indem er auf das unbelastete Bestitztum eine Hypothek von 500 000 M. aufnahm und die Summe anzahlte, während er den Rest des Kaufgeldes in Höhe von 900 000 Mark stehen ließ. Zu seinen Hauptgläubigern gehören neben mehreren Banken die Träger sehr bekannter Adelsnamen.

Ein Disziplinarverfahren gegen den Notar Dr. Cohn seitens der Berliner Anwaltskammer wird entgegen anderslautenden Nachrichten erst nach Abschluß des gegen ihn schwebenden Strafverfahrens in Frage kommen.

Moufangs Klage abgewiesen.

Am 13. Mai wurde vor dem Arbeitsgericht Berlin unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Auerbach die Klage des ehemaligen Direktors der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Dr. Nicola Moufang, gegen den preussischen Staat, vertreten durch den Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, verhandelt. Der Klageantrag ging dahin, festzustellen, daß die feinerzeit ausgesprochene fristlose Entlassung zu Unrecht erfolgt sei, und daß demgemäß der Vertrag noch bis zum 30. April 1932 Geltung habe, sowie auf Zulassung eines Teilbeitrages des rückständigen Gehalts von 1500 M. Die Klage wurde jetzt von der Kammer kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht hat dabei lediglich die Frage geprüft, ob nach den von dem Handelsminister im Landtag erwähnten Handlungen des Klägers es der Regierung zugemutet werden konnte, den Kläger weiterhin bis zum Ablauf des Vertrages zu beschäftigen. Das Gericht hat diese Frage verneint. Es hat dabei insbesondere gewürdigt, mit welchen ungewöhnlichen Machtbefugnissen der Kläger ausgestattet worden ist, und daß es sich bei seiner Stellung um ein besonderes Vertrauensverhältnis gehandelt hat, das naturgemäß dem Kläger die Verpflichtung auferlegte, sich dieses Vertrauens würdig zu zeigen. Durch eine Reihe von Handlungen hat aber nach Auffassung des Gerichts der Kläger dieses Vertrauen getäuscht und berechtigten Grund gegeben, erhebliches Mißtrauen in seine Geschäftsführung zu setzen.

Die Stadtverordneten haben in dieser Woche und auch in der nächsten Woche keine Sitzung. Sie werden erst wieder am 28. Mai (Dienstag) zu einer Sitzung zusammenkommen.

Explosionsunglück in Turin.

Vier Tote, zehn Verletzte geborgen.

Eine Explosion, deren Ursache bis jetzt unaufgeklärt ist, ereignete sich in Turin. Das Gebäude, in dem sich die Explosion ereignete, weist im ersten und zweiten Stock große Risse auf. Die Explosion erfolgte in der Wohnung eines Arbeiters, dessen Frau und Tochter lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Ob Gas oder Dynamit explodiert ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Bis jetzt wurden vier Tote und zehn Verletzte aus dem Hause gebracht. Die Toten sind in Stücke zerrissen.

Probefahrt des „Zeppelin“.

Vor der Amerikafahrt.

Friedrichshafen, 13. Mai.

Nach zweistündiger Probefahrt über dem Bodenseegebiet ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute um 19.41 Uhr wieder gelandet. Wie mitgeteilt wird, haben die Motoren des Luftschiffes zufriedenstellend gearbeitet.

Erhöhung der Verkehrstarife?

Ein Mittagsblatt meldete gestern: „Stadt Berlin will den Fahrpreis erhöhen.“ Angeblich ist beabsichtigt, von 1930 ab den Fahrpreis wenigstens für die Umkeiger auf 25 Pfennig festzusetzen. Was sollen denn derartige durch nichts begründete Alarmnachrichten!? Sie können leicht die (hoffentlich nicht gewollte) Wirkung haben, für eine Fahrpreiserhöhung Stimmung zu machen. Wo sitzen im Magistrat die Leute, die Lust zu solcher Belastung der Berliner Bevölkerung hätten? Wir stellen fest, daß Stadtrat Reuter, der Magistratsdezyernent für das Verkehrswesen, gegen eine Fahrpreiserhöhung ist und sie für ganz unnötig hält.

Großfeuer auf Insel Usedom.

28 Gebäude niedergebrannt. — 2 Personen schwer verletzt.

Stettin, 13. Mai. (Eigenbericht.)

Ein Riesenbrand hat in der letzten Nacht in dem Ort Mülshorn bei Jinnow auf Usedom gewütet. Dort brannten in wenigen Stunden acht Gehöfte mit zusammen 28 Gebäuden nieder. Das Feuer entstand gegen ein Uhr nachts in einer Hofschene des Gutsgrundstückes und breitete sich mit rasender Geschwindigkeit aus. Im Ru standen zahlreiche Gebäude in Flammen. In einer Scheune, in der getrocknetes Benzol und Kohöl lagerten, ereignete sich eine schwere Explosion, deren Kraft so groß war, daß brennende Balkenstücke auf andere Gebäude geschleudert wurden und diese ebenfalls in Brand setzten. Bei den Löscharbeiten sind eine Frau und ein landwirtschaftlicher Arbeiter schwer verletzt worden. Der Schaden ist außerordentlich hoch. Es sind große Mengen Vieh mit verbrannt. Die Geschädigten, die in Arbeit alt und grau geworden sind, haben zum Teil alles verloren, da ihr Bestitztum nur zum Teil durch Versicherung gedeckt war.

Berlin kauft Flugplatz Johannisthal.

Der Magistrat hat jetzt den im „Vormärts“ bereits angekündigten Beschluß gefaßt, auch den Flugplatz Johannisthal zu erwerben, um zur Förderung des Luftverkehrs alle Berliner Flugplätze in den Besitz der Stadt zu bringen. Das ganze Gelände hat rund 2 1/2 Millionen Quadratmeter Flächeninhalt (880 Morgen), wovon auf den eigentlichen Flugplatz 1 1/2 Millionen Quadratmeter (560 Morgen) und auf Industriegelände 800 000 Quadratmeter (320 Morgen) entfallen. Der Kaufpreis für das Land stellt sich auf rund 4 400 000 Mark. Die Stadt erwirbt auch die ganze zu dem Platz gehörende Privatbahngleisanlage, den Rangierbahnhof, die Betriebswerkstätten und die Gebäude für noch etwa 600 000 Mark. Hiernach stellt der gesamte Kaufpreis sich auf 5 Millionen Mark, wovon 1/2 Million angezahlt und 4 1/2 Millionen in elf Jahresraten abbezahlt werden sollen. Durch Vermietung hofft man jährlich etwa 300 000 Mark Einnahmen zu haben, so daß eine sofortige Verzinsung des Kapitals gesichert sein könnte.

Feuer in Spandau.

Ein gefährliches Feuer beschäftigte gestern nachmittag mehrere Löschzüge der Spandauer Wehr am Astaniering in Spandau. Neben dem Terrassenrestaurant Nordhafen ist ein Baugelände, auf dem aus noch ungeklärter Ursache in einer Wohnlaube Feuer ausbrach. Die Flammen griffen auf zwei benachbarte Lauben und auf ein massives Nebengebäude des Restaurants über. Die Situation für die Hauptgebäude war eine Zeitlang sehr bedrohlich. Aus diesem Grunde mußten mehrere Schlauchleitungen starken Kalibers in Tätigkeit gesetzt werden, um den Brandherd rechtzeitig einzutreffen. Den Anstrengungen der Wehren ist es dann auch gelungen, eine weitere Ausdehnung zu verhindern und das Feuer nach einständiger Arbeit niederzukämpfen.

Er folgte dem Vater in den Tod.

Selt dem 12. April wurde der 21 Jahre alte Bädereffelle Wagnkönig aus der Pappelallee 76 vermißt. Der junge Mann hatte am Tage vorher seinen Vater beerdigt und glaubte, diesen Verlust nicht überwinden zu können. Gestern Abend landete mont seine Leiche aus der Spree. Der junge Mann hat offenbar damals den Tod im Wasser gesucht.

Die deutsche Tennis-Mannschaft hat gestern in Barcelona die Barrunde des Davis-Pokals gegen Spanien mit 4:1 Siegen gewonnen und sich damit für die 2. Runde qualifiziert.

PETERS UNION

FAHRRAD-REIFEN

OFT NACHGEAHMT — NIE ERREICHT!



Edv. Welle-Strand: Eismeerfahrer

Joski und Heiki waren Fischer Kostinens Söhne. Trotzdem kein Ueberfluß an Essen und Trinken in Kostinens Hütte herrschte, mußten die Jungen doch gut auf, und als sie siebzehn Jahre alt waren, gab es keinen in dem Fischerdorf, der mit ihnen Streit anzufangen mochte.

Sie gingen wie die Ketten zusammen, und noch nie war es den Kameraden gelungen, die beiden gegeneinander aufzuheben. Der rotthaarige, schwerfällige Joski fand es ganz natürlich, daß der blonde, lebhaft Heiki zu Wasser und zu Lande den Führer abgab, und es fiel ihm niemals ein, sich Heikis Vorschläge zu widersetzen, mochten sie auch noch so ausgefallen sein.

Die Jungen lernten frühzeitig das Fischen und fuhrten dabei so verwegend auf die See hinaus, daß alle ihnen einen frühen Tod voraus sagten.

In dem wüdeften Wetter lagen sie draußen, und einmal blieben sie nach einem Unwetter so lange aus, daß die Fischer bereits die beiden Jungen für verloren hielten. Doch nach ein paar Tagen kamen sie, das Boot halb voll Wasser und das Segel in Fetzen zerrissen, zum Fischerdorf zurück.

Sie waren vom dem Unwetter auf hoher See überrascht worden und kämpften mehrere Tage auf Leben und Tod mit den Wellen. Doch gelang es ihnen, das Boot trotz eindringender Sturzwellen über Wasser zu halten und mit einem Lappen von Segel dem Unwetter zu entgehen. Als dann der Sturm umsprang, war es ihnen möglich, ihrem Heimatsort entgegenzukreuzen. So waren sie für dieses Mal geborgen. Doch das Boot war durch den Sturm so mitgenommen worden, daß es unbrauchbar geworden war.

Das war für den alten Kostinen ein großer Verlust, und deshalb riefen die Jungen nach Hammerfest, um als Eismeerfahrer anzuhewern, und dadurch die nötigen Mittel für ein neues Boot zusammenzubringen. Doch man vernichtete sie im Fischerdorf. Und den alten Kostinen erkannte man nach der Abreise seiner Söhne nicht wieder.

Die beiden Brüder nahmen Heuer auf einem Fangfahrzeug für das Eismeer. Der größte Teil der Besatzung bestand aus alten, erfahrenen Eismeerfahrern, die viel mehr in ihrem Leben gesehen hatten als die beiden Jungen, die nicht aus ihrem Fischerdorf herausgekommen waren. Solange das Fahrzeug auf Schlepplag und abgedichtet wurde, hatte die Besatzung frei. Den größten Teil des Tages verbrachten die Eismeerfahrer damit, in der Kaffeestube zu sitzen. Sie behaupteten, daß es das Grammophon war, das sie dorthin zog. Doch wer mit den Verhältnissen vertraut war, mußte, daß der Spirit diese Anziehungskraft auf sie ausübte. Man fernierte dort dieses geluchte Getränk sowohl im Kaffee als auch pur. Und kein Abend verging ohne Schlägerei und Spelafel. Doch die Polizei mißte sich nur ungern in die Hände der Eismeerfahrer. Diese urwüchsigen Kerle gingen nämlich nicht gerade sonst mit der Polizei um, wenn diese doch einmal eingreifen mußte.

Selbstverständlich entgingen Joski und Heiki ebenfalls nicht dem Schicksal, in die Kaffeestube geschleppt zu werden, und hier sollte ihre langjährige innige Bruderfreundschaft innerhalb eines Abends zerrissen werden.

Die Kellnerin Yllli Rehti war ein rotblondes, grobknochiges Knabenmädchen, das nie gelernt hatte, ihre heiße Lebenslust zu dämpfen.

In dem Abend, als die beiden Brüder ihren Einzug in der Kaffeestube hielten, war Yllli mit einem Eismeerfischer fort be-

schäftigt, der ihr einen dampfenden „Kars“ nach dem anderen spendierte. Sie hätte die beiden neuen Gäste gar nicht bemerkt, wenn nicht einer ihrer Kameraden sie aufgefordert hätte, mit ihnen anzustößen. Sie kam an den Tisch heran, und als sie dort den schlantgemachten Heiki erblickte, bekamen ihre Augen den heißen verlangenden Blick, der den Männern so gefährlich war. Sie setzte sich auf seinen Schoß und ließ ihre Finger lieblosend durch seine dichten Haare gleiten. Und sie drückte sich so fest an ihn, daß er die Wärme ihres heißen Körpers durch seine Kleider spürte. Er wurde feuerrot und versuchte sich loszureißen. Doch sie lachte ihm geil ins Gesicht: „Du Dummkopf, hast du noch nie ein Weib berührt?“ Und sie ließ ihre Hand zitternd über seine Knie gleiten.

Da war es ihm, als wenn er innerlich brannte, und ihr heißer Atem stürzte ihn nicht länger.

Der halbbetrunkene Schiffer, der die ganze Zeit über Heikis Eroberung verfolgt hatte, sprang plötzlich auf und schlug dem Jungen mit der Faust ins Gesicht, daß das Blut spritzte.

Das Knabenmädchen erblickte und wollte sich dazwischen werfen, doch Heiki stieß sie beiseite und ging auf den Schiffer los. Er hob ihn hoch und warf ihn mit solcher Kraft gegen die Tür, daß die Wände zitterten. Der Schiffer blieb wie eine tote Waffe in der Türschwelle liegen, und erst nachdem eine Tasse mit Spirit herbeigeklopft war und ihm der Inhalt zwischen die Zähne gegossen wurde, kam wieder Leben in ihn. Er schlich sich aus der Kaffeestube heraus, verfolgt von dem Hohngelächter der Eismeerfahrer.

Das Knabenmädchen setzte sich wieder auf Heikis Schoß.

Joski war dem Lufttritt zwischen Heiki und dem Schiffer mit solcher Spannung gefolgt, daß es ihm den Hals zuschnürte. Wie ein gereiztes Raubtier hatte er dagelesen, bereit, auf den Schiffer loszuspringen, falls Heiki niedergeschlagen werden sollte. Als der Lufttritt beendet war, näherte er sich seinem Bruder und flüsterte:

„Du hättest ihn beinahe totgeschlagen, Heiki.“

Heiki antwortete nicht, doch das Knabenmädchen fragte ihn, wer es sei.

„Mein Bruder,“ antwortete Heiki.

„Da müssen wir mit ihm trinken,“ lachte das Mädchen, und ging an die Schänke, um eine neue Tasse Kars zu holen.

Als Joski den Kars ausgetrunken hatte, rückte er näher an das Knabenmädchen, das sich zwischen die beiden gelehrt hatte, heran. Er brannte danach, mit seinen Fingern über ihr goldblondes Haar zu streichen. Zum ersten Male beneidete er Heiki. Er strich ein paarmal mit seiner Hand über ihren Rücken, und sie wandte sich ihm zu und lächelte. Er zog seine Hand zurück, als wenn er sich verbrannt hätte.

Doch die Berührung ging wie ein zitterndes Beben durch des Weibes Körper, und noch und noch rückte sie näher an ihn heran. Er sah, wie Heiki kreideweiß wurde, und er hatte im ersten Augenblick so starkes Mißgefühl mit ihm, daß er sich loszureißen gedachte. Doch im nächsten Augenblick riß er das Mädchen an sich.

Da erhob sich Heiki und schlug Joski derart mit der Faust ins Gesicht, daß es ihm schwarz vor Augen wurde. Einen Augenblick war er wie betäubt von dem Schläge, doch dann sprang er auf Heiki los und schlug ihn zu Boden.

Die anderen Fischer warfen sich dazwischen, ehe die beiden ihre Messer gezogen hatten, Heiki, der die meisten Schläge bekommen hatte, schlich sich beschämt aus der Stube hinaus.

Doch in der Tür wandte er sich um und drohte Joski.

„Du sollst mir nicht lebend aus dem Eismeer kommen.“

(Schluß folgt.)

Shaw und der Film

Man kann zu den einzelnen Werken des irischen Dichters stehen wie man will. Man kann seine politische und weltanschauliche Einstellung bejahen oder ablehnen. Niemand wird es leugnen, daß er einer der bedeutendsten Kritiker unseres Jahrhunderts ist und niemand wird ihm die Fähigkeit absprechen, starke Eindrücke durch wirkungsvolle Bemerkungen zu übermitteln.

Bernard Shaw hat nie etwas direkt mit dem Film zu tun gehabt. Er hat im Gegenteil alle Angebote von Filmunternehmungen abgelehnt, die darauf ausgingen, seine eigenen Werke zu verfilmen. Sehr amüsant schildert jedoch der amerikanische Journalist Archibald Henderson in seinen Tischgesprächen mit Bernard Shaw (S. Fischer-Verlag, Berlin), wie er einstmals mit Shaw auf den Film zu sprechen kam und dieser die Filmunternehmer ebenso wie die Gesichtspunkte, unter denen sie ihre Produktion leiten, ironisierte. Zweifellos richteten sich die Bemerkungen von Shaw im wesentlichen gegen den amerikanischen Film, doch sind diese Probleme für uns nicht minder aktuell, da ja der gesamte europäische Markt von amerikanischen Filmen überschwemmt ist, da das amerikanische Kapital in fast alle kontinental-europäischen Filmgesellschaften eingedrungen ist und da schließlich die Verhältnisse bei der europäischen Produktion kaum wesentlich anders liegen als in Amerika.

Shaw stellt zunächst fest, daß die Mittelmäßigkeit des Films im allgemeinen schon dadurch bedingt ist, daß er der Härtehaftigkeit vieler Nationen zuzufügen muß. Des weiteren überläßt er natürlich hinzu, daß er ebenso dem Durchschnittsgeschmack eines amerikanischen Milliardärs, eines chinesischen Kaisers, einer Provinzgouvernante und einer Schenkmanzell in einem Bergarbeiterdorf gefallen müsse. Es sei nun mal überaus schwer, ein Stück zu schreiben, das 100 Prozent der Erdbevölkerung interessiert unter alleinigem Ausschluß der Wickelfinder.

Ein weiterer Grund für die meist geringe Qualität so vieler Filme sieht Shaw in der beipiellosen Unbildung so vieler beim Film tätiger Unternehmer und Regisseure, Dramaturgen und Sektoren. Er glaubt nicht, daß hier irgendetwas noch durch größeren finanziellen Aufwand gebessert werden könnte, zumal er das gleiche Sinken des Bildungsgrades auch überall in der Journalistik im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten feststellen zu können glaubt.

Ganz entschieden wendet er sich jedoch gegen die Verfilmung von Theaterstücken und Romanen. Das hätte lediglich zur Folge, daß der normale Kinobesucher, nachdem er einen solchen Film gesehen hat, auf das eigentliche Kunstwerk an sich für immer verzichtet und infolgedessen überhaupt nicht zu dessen literarischen oder künstlerischen Wert vorzudringen vermag. Auch ist es natürlich ein Unfug, aus einem Theaterstück oder Drama die Worte zu streichen, denn diese sind eben nicht nur ein technisches Hilfsmittel, sondern ein integrierender Bestandteil des Kunstwertes selbst. Shaw fordert daher, daß Filmdramen (speziell für die Leinwand von originellen, phantastischen Bilderdichtern erfunden werden. Die Schwierigkeit, gute Filmanuskripte zu erhalten, erkennt er richtig darin, daß ebenso wie die ganze Musik aus Vertauschung und Verbindung von zwölf Notizen besteht, unsere ganze Romanliteratur aus Variationen weniger Themen sich zusammensetzt und daß eben in der Sprache gerade die stärkste Macht zur Variation liegt, auf die der Film zu verzichten gezwungen ist.

Endlich wendet er sich mit großem Temperament gegen die unflinige Verwendungsart bei der Ausstattung, die lediglich zu einer Auslieferung reiner Schauspielerei führt und weiterhin jene Tendenz entwickelt, auf den Aufbau eines wirklichen Filmromans mehr oder minder zu verzichten. Er beklagt die in Amerika beliebten Szenen orientalischer Wollust, die etwa so aussehen, wie sie sich ein Schiffsfänger auf einem Boßfischfänger in seinen Träumen vorstellt. Auch wendet er sich gegen die Koinzidenz, Filmrollen zu besetzen, ohne irgendwie die Eignung der betreffenden Darsteller unter objektiven Gesichtspunkten zu prüfen. Es sei nun einmal nicht möglich, englische Herzoginnen von früheren Probierdamen und italienische Grafen von früheren Kellnern darstellen zu lassen.

Zum Schluß wendet sich Shaw gegen das schlechte Benehmen der Filmleute, die es wagen, den Zuschauern zuzumuten, eine endlose Anzahl von Vorbemerkungen über die Herstellung des Films vor jeder eigentlichen Aufführung über sich ergehen zu lassen. Er verkündet, daß es sicherlich nicht mehr lange dauern würde, daß wir 10 Minuten vor Beginn eines Films uns erzählen lassen müßten, wer den Film entwickelte, wer ihn fixierte, wer ihn trocknete, wer das Zelluloid lieferte, wer die Chemikalien und wer dem Autor die Haare schnitt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Shaw mit seinen Ueberreibungen eine Ungezogenheit unserer Filmindustrie kritisiert, deren Wegfall wir sicher alle lebhaft begrüßen würden.

Eine Ausstellung des Aberglaubens

Das Budapestener Hygienemuseum veranstaltete kürzlich eine Ausstellung, die eine Geschichte der menschlichen Dummheit auf dem Gebiete des Aberglaubens veranschaulichte. Man erhielt unter anderem einen Einblick in die Schelmenhölle der ihre Mitmenschen ausnützenden Quacksalber und in die Leichtgläubigkeit ihrer Kundtschaft. Um beispielsweise die Epilepsie zu heilen, breitete man das Hand des an der Halskurve leidenden Kindes an einem Kreuzweg aus. Verschwand es dort, so hatte es der Teufel und mit ihm die Krankheit mitgenommen. Man konnte sich weiterhin gegen die Fallsucht dadurch schützen, daß man das Herz eines Maulwurfs aß, der vor dem Tag des heiligen Georg ausgehen worden sein mußte. Ohrenschmerzen bekämpfte man dadurch, daß der Patient am Neujahrstage das Seil einer Glocke abschneidete. Trinkenbalben gab man, um ihnen den Alkohol abzugewöhnen, ein Gemisch zu trinken, das aus getrockneter Schlangenhaut und einer zerriebenen getrockneten Fledermaus bestand, ein Gemisch, dem etwas Branntwein zugesetzt war, um die Sache halbwegs mundgerecht zu machen. In hoher Kunst standen auch die Edelsteine, so war der Diamant ein Sinnbild der Tapferkeit, der Malachit galt als vorzügliches Mittel gegen Cholera und Gliederreihen, und wenn man die Geliebte auf die Probe stellen wollte, so gab man ihr einen Saphir, weil dieser die Farbe änderte, wenn die Trägerin die Treue brach. Gold galt als Mittel gegen Selbstmord, Salz war Sinnbild der Ewigkeit. Deshalb legte man einem neugeborenen Kind, auch wenn es unter einem guten Stern geboren war, Salzstücken in die Wiege, nach dem Grundglaube, daß doppelt genäht besser hält.

Der schöne Kollifolter ist nicht nur in Breiten, sondern auch in Bayern durch Verdrängung gefährdet. Die Pflanzensorte der Raupe dieses Schmetterlings ist die weiße Fettschnecke (Sedum album). Die damit bestandenen Bergkollifolter sind in Bayern im vorigen Jahre von Dutzenden Apollifoltern befallen worden.

Die erste „Schnellzuglokomotive“

In South Kensington-Museum zu London befindet sich die erste Lokomotive, die auf einer größeren Strecke gelaufen ist und den Anspruch einer „Schnellzuglokomotive“ erheben konnte, wenn auch freilich ihre Höchstgeschwindigkeit nur 56 Kilometer in der Stunde betrug: es ist Stephenson's berühmte „Kafete“, die vor 100 Jahren ein noch viel größeres Erstaunen hervorrief als heutzutage das „Kafetenauto“. Die Strecke, auf der diese Lokomotive ihr erste Fahrt im Jahre 1825 machte und preisgekrönt wurde, ist gerade jetzt vor 100 Jahren zwischen Liverpool und Manchester angelegt worden, und ein Rückblick auf den Bau dieser ersten größeren Eisenbahnlinie gibt uns eine anschauliche Vorstellung von den ungeheuren Fortschritten, die Technik und Vortreibe in einem Jahrhundert zurückgelegt haben. Die Strecke Liverpool-Manchester war nicht die erste Eisenbahnlinie, und die „Kafete“ nicht die erste Dampflokomotive. Aber die frühere Maschine Stephenson's, die zuerst 1825 auf der kleinen Strecke Stockton-Darlington lief, mußte noch mit von Pferden gezogenen Wagen wetteifern, die auf demselben Schienenweg liefen: für ihre Schnelligkeit ist bezeichnend, daß der Lokomotive stets ein Reiter mit einer Fahne voranritt, um die Bevölkerung vor dem Ungewöhnlichen zu warnen. Erst die Eisenbahn von Liverpool nach Manchester zeigte im Jahre 1825 die ungeheuren Möglichkeiten der neuen Erfindung und leitete das Zeitalter der Eisenbahnen ein. Die „Kafete“ war die erste „Schnellzuglokomotive“, deren Leistung das Entsetzen aller ängstlichen und nervösen Menschen hervorrief, denn sie konnte, wenn sie Bogen zog, eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde erreichen, und wenn sie allein „dahinrauste“, sogar über 50 Kilometer in der Stunde machen. Nicht minder schwierig und erstaunlich als die Lokomotive selbst war die Anlage des Schienenweges, der sich zunächst die größten Hemmnisse entgegenstellte. Seitdem durch die Erfindung des mechanischen Webstuhls Manchester die Erzeugung von Baumwollstoffen im großen aufgenommen hatte, war die Stadt zu ungeheurer Größe emporgewachsen, aber die Kohlbäume, die sie aus der Hafenstadt Liverpool erhielt, brauchte oft über einen Monat, um nach Manchester befördert zu werden, während sie von Amerika nach Liverpool in 21 Tagen gelangte. Es war leider ein dringendes Bedürfnis für eine schnellere Beförderung gegeben, und so gewann man Stephenson für den Bau einer Eisenbahnlinie.

Die Genehmigung dieses Baues stieß aber im englischen Unterhaus auf erbitterten Widerstand. Heroorragende Politiker behaupteten in ihren Reden, der Stephenson'sche Plan sei „das Sinnlofeste, was je von einem Menschentopfe erdacht worden sei“, und

der Antrag der Bahngesellschaft wurde zunächst mit 19 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Erst nachdem man durch allerlei Schliche und Kniffe die wichtigsten Stimmen gewonnen hatte, ging der Antrag bei einer zweiten Vorlage durch, und auch damals noch hielt ein Abgeordneter, der Gelschrie Sir Isaac Coffin, eine Rede, in der er u. a. jagte: „Weiß das Hohe Haus auch, welchen Rauch, welches Geräusch, Gejöh und Geräffel die vorüberreisenden Lokomotiven verursachen werden? Weiber das auf dem Feld pflügende, noch auf den Tristen weidenden Vieh wird diese Ungeheuer ohne Entsetzen wahrnehmen. Die Eisenbahn wird der größte Unfug sein; sie wird die vollständige Störung der Ruhe, des körperlichen und geistigen Wohlbefindens der Menschen mit sich bringen.“ Zum ersten Male wurde damals eine an allen Stellen wirklich ebene Bahnstrecke hergestellt. Dazu mußten große Felsmassen durch Tunnel durchschnitten werden; mehr als 100 Brücken wurden über und unter dem Schienenwege angelegt. Die ersten größeren Tunnel und Brücken entstanden so aus der Erde. Das allerschwerste aber war die Ueberwindung des mehr als 6 Quadratkilometer umfassenden Chat-Moores, in dessen untergründlicher Tiefe alle Aufschüttungen versanken. Ein führender Ingenieur erklärte, daß kein Mensch mit gesundem Verstand wagen könne, eine Eisenbahn über das Chat-Moore zu legen. Aber Stephenson brachte es fertig.

Als endlich die Eisenbahnstrecke fertig war, da war man sich über die Verwendung des Zugmittels noch nicht im klaren. Zwar wollte man nicht mehr wie bisher Pferde zum Ziehen der Wagen verwenden, aber der Plan taugte auch, auf dieser ebenen Strecke feststehende Maschinen aufzustellen, die durch Aufwickeln von Seilen die Züge bewegen sollten. Die Strecke sollte in 19 Abschnitte geteilt werden, von denen jeder eine feststehende Dampfmaschine enthielt, die den Zug am Seil schleppen sollte. Man kann sich vorstellen, wie lange auf diese Weise die Fahrt von Liverpool nach Manchester gedauert hätte. So wenig Zutrauen hatte man noch zu der Dampflokomotive. Um ihre Leistung zu erproben, wurde schließlich ein Wettbewerbsausgeschrieben, durch den ein Preis von 500 Pfund einer Maschine zugesichert wurde, die u. a. ihren Rauch selbst verbrennen sollte, einen Zug von 20000 Kilogramm Gewicht mit einer Geschwindigkeit von 16 Kilometer in der Stunde ziehen, durch Federn getragen sein, mit gefüllten Kesseln nicht mehr als 6000 Kilogramm wiegen und nicht mehr als 550 Pfund kosten dürfe. Bei dem berühmten Wettkampf zu Rainhill, der über einer Strecke von 35 Kilometern auf der neuen Bahnlinie ausgetragen wurde, siegte Stephenson's „Kafete“ über drei andere Lokomotiven, die die Namen „Die Reuheit“, „Die Unvergleichliche“, „Die Ausdauer“ führten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Durch die Presse sind die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß Meinungsverschiedenheiten mit den Rohrlegern und Helfern bestehen. Die Branchenkommission der Rohrleger hat dann am 25. April 1929 in einer Branchenversammlung einen Beschluß gefaßt, wonach in Zukunft der aus der Organisation ausgeschlossene Niederführer die Branche der Rohrleger weiter leiten soll.

Ferner wurde beschlossen, daß ein Extrabeitrag von 1 Mark pro Woche erhoben werden soll.

Diese beiden Beschlüsse, die in der Rohrlegerversammlung gefaßt worden sind, sind mit den Bestimmungen unseres Statuts nicht in Einklang zu bringen.

Es kann niemand zugemutet werden, daß eine Branche, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verein angeschlossen ist, von einem geleitet werden soll, der nicht mehr Mitglied des D.M.V. ist. Die Branchenkommissionmitglieder danach befragt, ob sie diesen Beschluß der Branchenversammlung für sich als bindend erachten, haben zum größten Teil auf das Schreiben der Ortsverwaltung nicht geantwortet. Infolgedessen hat die Ortsverwaltung die Branchenkommission ihres Postens als Funktionäre im D.M.V. entlassen. Wir machen die Rohrleger und Helfer, soweit sie Mitglieder im D.M.V. sind, darauf aufmerksam, daß sie nicht berechtigt sind und nicht verpflichtet sind, den Extrabeitrag von 1 Mark pro Woche zu bezahlen.

Eine Versammlung der Rohrleger und Helfer, die am Sonnabend, dem 11. Mai, im Verbandshaus des D.M.V. stattfand, hat den Beschluß gefaßt, eine Branchenkommision zu wählen.

Wir ersuchen die Rohrleger und Helfer, welche sich mit dem Beschluß, der am 25. April 1929 im Gewerkschaftshaus in der Rohrlegerversammlung gefaßt wurde, nicht einverstanden erklären, umgehend ihre Adresse an den Bearbeiter der Rohrlegerbranche, Bruno Lehmann, Deutscher Metallarbeiter-Verein, Linienstr. 83/85, einreichen zu wollen.

Wir machen an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam, daß diejenigen, die im Auftrag des D.M.V. für die Rohrleger und Helfer Verhandlungen führen, einen Ausweis besitzen müssen. Derselbe muß unterzeichnet sein von den beiden Bevollmächtigten

Reich - Gert.

Theater, Lichtspiele usw.

METROPOLTHEATER 8:
Nur noch Mal!
Lustige Witwe
Hesterberg
Heldmann, Jankuhn, Elliot, Jankermann, Schaeffers.
Künstlerische Leitung: Erik Charoll.

GR. SCHAUSPIELHAUS 8
Die letzten 3 Wochen!
Der liebe Augustin
Christians
Karlwald, Lieske, Arno, Morgan, Westermeyer.

Dienstag, 14. 5.
Staats-Oper
Unter d. Linden
A-V. 126
20 Uhr
Fra Diavolo

Dienstag, 14. 5.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
19 1/2 Uhr
Die Hochzeit des Figaro

Staats-Oper
Am P.L.G. Republik.
R-S. 120
20 Uhr
Luisa Miller

Staatl. Schauspiel.
an Godesmumarkt
A-V. 113
20 Uhr
Der Londoner verlorene Sohn

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Kalkutta, 4. Mai

Winter Garten
3 Uhr - Zentr. 2810 - Kunden erlaubt
„Ein Abend des Lachens...“
Nachausgabe v. 4. 5.

Renaissance - Theater
Hardenbergstr. 6. TL: Stenpl. 901 u. 2553/84
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Die heilige Flamme
Regie: Gustav Hartung.

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Straße 132
Tel.: Alex. 3422.
Täglich 8 1/2 Uhr
(Sonntags 2 Vorstellungen 3 1/2 u. 8 Uhr)
Dorine und der Zufall!
Ab 19. Mai
Ein Walzertraum!
auf der Gartenbühne.
Im Innentheater ab 18. Mai täglich
8 1/2 Uhr: Spiel im Schloß.

Reichshallen-Theater
Ab. 7 Uhr. Sonntag Nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu! „Eine Nacht im Ratsweinteller“
Nachm. halbe Preise.
Dönhoff - Brettl:
(Saal und Garten)
Varieté / Tanz
Adolf-Becker-Konzert.

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Naß oder trocken?
nach den Anmerkungen von Frank Green.
Musikalische Illust.
Fr. Holländer.
Regie: Fr. Friedmann-Friedrich.
Friederike
Musik von Lehar
Carola Toebe

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 14. Mai
nachmittags 3 1/2 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Trojaner
Thalia-Theater
8 1/2 Uhr
Pfarrhauskomödie
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Kalkutta, 4. Mai
Staatsoper am Platz der Republik
8 Uhr
Luisa Miller

Theater am Schillbaurdamm.
Norden 1141 u. 281
Täglich 8 Uhr
Dreigroschen-Oper
Neher, Valett, Thalmig, Lwowky, Leidel, Steckel

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12310
8 Uhr. Ende nach 10
Zum 25. Male
Paulus unter den Juden
Dramat. Legend. von Franz Werfel
Regie: Karl-Heinz Martin.

Die Komödie
11 Bismck, 2414/2516
8 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 U.
Der Mann, der seinen Namen änderte
3 Akte
von Edgar Wallace
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
D. 1. Norden 12310
8 1/2 U. Ende nach 10
Aufgang nur für Herrschaften
Kleine Komödie von Siegfried Geyer

Otsch, Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Prosit Gipsy
Operette v. Gilbert
Emmy Sturm
Fritz Schulz

Barowsky - Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Charleys Tante
mit Curt Bois.

Theat. am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
Elite-Sänger
Das neue Mal - Progr.
Theaterfabrik (Hörsingstr.)

Planctarium am Zoo
Verlag: Juchaczher Str. 1
No. 1578
16 1/2 Uhr Sternbilder des Frühjahrs
18 1/2 Uhr Wunder des östlichen Himmels
20 1/2 Uhr Sternhimmel und Weltbau
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf. Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Theater am Hollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Männer der Manon
Operette in 3 Akten v. Walter W. Goetze

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
Weekend im Paradies

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
„Die Frau des Andern“

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Das süsse Geheimnis
Operette von Zorng
Rundfunkhörte halbe Preise

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 94
A. Z. Dönhoff 170
8 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Täglich
Die Frau Frankfurter
von Carl Rössler
Regie: Eugen Robert.
Thalia-Theater
Hardenbergstr. 72-73.
8 1/2 Uhr.
Pfarrhauskomödie

GERMANIA PALAST
Frankfurter Allee 313
Ab Dienstag, den 14. bis Montag, den 20. Mai
Emil Jannings
in
Der Patriot
oder
Der Wahnsinnige auf dem Zarenthron
Der größte Film der Gegenwart!

HAMBURG-AMERIKA LINIE
VON HAMBURG KANADA
DIREKT NACH
Nächste Passagier-Abfahrten:
D. „Thuringia“ 22. Mai
D. „Westphalia“ 5. Juni
D. „Cleveland“ 25. Juni
D. „Westphalia“ 6. Juli
D. „Thuringia“ 20. Juli
D. „Cleveland“ 30. Juli

AUSWANDERER
belieben sich wegen aller Einzelheiten zu wenden an:
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg 1, Alsterdamm 25
oder die Vertretung in:
Berlin, am Zoo, Hardenbergstr. 29a—c, Unter den Linden 8 und Poiseidon Schiffahrts-A.G., Potsdamer Str. 103a

Arbeiter, Angestellte u. Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftsfrage, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs- Aktiengesellschaft
Ankunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Berlin, Ritterstraße 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 84/89.
Berthold Bodeutsch, Mariendorf, Ringstr. 76, 2 A. III; Rechnungsst. e. 28; Rudolf Meißner, Copenick, Kurfürstenallee 13, pr. Rst. 60; Otto Schmidt, Lichterberg, Hubertusstr. 1a, v. I. Rst. 70; Theodor Schmarck, Reinickendorf-Ost, Justusstr. 10, pr. I. Rst. 80; Otto Werning, Bernau bei Berlin, Lohndühlenstraße 3, Rst. 84.

Ein Geheimnis? Männer! Neue Kraft!
Man kennt heute nur noch „Okaza“ (nach Geheimrat Dr. med. L. Busse).
Das einzig dastehende hochwertige Sexual-Kraftigungsmittel (sexuelle Neurasthenie).
Notariell beglaubigte Anmerkungen von zahlreichen Aerzten und namhaften Dankeschreiben dankbarer Verbraucher beweisen die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifler! Wir versenden daher nochmals, diskret verschlossen, ohne jede Absenderangabe, 30 000 Probenpackungen umsonst
ohne jede Verpflichtung gegen 30 Pf. Doppelbrief-Porto, Generaldepot und Alleinverand für Deutschland: **Kaditons Kronen-Apotheke**, Berlin W. 61, Friedrichstr. 190.
Beachten Sie genau! Okaza (Silber) für den Mann, Originalpackung 9,50 Mk. / Zu haben in Okaza (Gold) für die Frau, Originalpackung 10,50 Mk. / (Allen Apotheken!)
Sehen ist neue Broschüre erschienen. In neuer, gediegener Ausstattung! Mit neuem, bedeutend erweiterten, hochinteressanten und bezeichnenden Text! Wir legen diese Broschüre jeder Probenpackung kostenlos bei.

Am Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, entfällt nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der **Kaditons**
Ludwig Kolafinski
im Alter von 70 Jahren.
Dies zeigen hierdurch an
Marie Kolafinski, Margarete Prohs, geb. Kolafinski, Georg Prohs.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes Friedrichstraße aus statt.

Nach langen, schweren Erden verließ am Sonntag, dem 12. Mai, meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Großmutter u. Schwiegermutter
Anna Beissel
geb. Haake
im 70. Lebensjahr.
In tiefer Trauer
Rudolf Beissel und Kinder.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 16. Mai, 20 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker **Georg Goldmann**
geb. 25. Juli 1878, am 8. Mai gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 14. Mai, 16 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sankt-Georgens-Richtofens, Randsberger Allee 21-23, aus statt.
Am 12. Mai starb an Herzschlag unser Kollege, der Rohrleger **Karl Schüler**
geb. 3. März 1873.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Städtischen Richtofens in Schöneberg, Ebnstraße (Ebnstr. 60, Lindenhof), aus statt.
Am 11. Mai starb an Drogenleiden unser Kollege, der Fabrik **Gustav Haß**
im Alter von 45 Jahren.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 17. Mai, abends 7 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Eure ihrem Wabenten! Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

VAUEN
Gesundheitspfeife **Dr. Perl**
Schont Herz und Lunge
Unbedenklich rauchen! Kräftlich empfohlen!
Der gute Kapitän-Kaubak
ist das meiste Zigarrenschm. erhält.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Königl. 3851

Zirkus-Restoration
eines bekannten großen Zirkus ist entzweit im Ganzen oder auch auf Teilzahlungen zu vergeben. Erforderlich 2-3000 Mk. Einlofferen um H. 10 an die Exp. des Botenwärts

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Kavalleriegardeuniformen, Uniformen, Kerzen, Anwärter, halberhüllte, Paletots, Fracks, Smoking, Gehrocken, Hosen, Sport-Gehrocken, Gellandbedeckung in neuer Garbe, Weitzer Weg lahnend, Vorkriegswehr 56, 1 Treppe, Hofstr. 11a.
Veitbuss Wortplatz 56a. Verkauf von Kavallerie-Gardeuniformen, teils auf Seite, Jackett, Frack, Smoking, Anwärter, halberhüllte, Paletots, Fracks, Smoking, Gehrocken, Hosen, Sport-Gehrocken, Gellandbedeckung in neuer Garbe, Weitzer Weg lahnend, Vorkriegswehr 56, 1 Treppe, Hofstr. 11a.
Belagden 50., Belagden 93., Sportplatz 80., Gehpfe 100., Reine Bombardier!

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Kavalleriegardeuniformen, Uniformen, Kerzen, Anwärter, halberhüllte, Paletots, Fracks, Smoking, Gehrocken, Hosen, Sport-Gehrocken, Gellandbedeckung in neuer Garbe, Weitzer Weg lahnend, Vorkriegswehr 56, 1 Treppe, Hofstr. 11a.
Veitbuss Wortplatz 56a. Verkauf von Kavallerie-Gardeuniformen, teils auf Seite, Jackett, Frack, Smoking, Anwärter, halberhüllte, Paletots, Fracks, Smoking, Gehrocken, Hosen, Sport-Gehrocken, Gellandbedeckung in neuer Garbe, Weitzer Weg lahnend, Vorkriegswehr 56, 1 Treppe, Hofstr. 11a.
Belagden 50., Belagden 93., Sportplatz 80., Gehpfe 100., Reine Bombardier!

Schuhwaren
Günstige Schuhwaren und trotzdem haltbar kaufen Sie am besten bei H. Strunz, R. C. W. Mühlstraße 7.
Möbel
Vatentmatrasen „Reinika“, Metallbetten, Aufspringmatrasen, Koffertkoffer, Koffer, Stangebetten, etc. etc. Rein Boden.

Rebel-Kamerling, Kabanenallee 18.
Schlafzimmer, Ruhebetten, Matratzen, Koffertkoffer, Spitzpreise, Zahlungserleichterung.
Rebel-Kamerling
merle Arbeit und hat
Rebel-Kamerling
große Auswahl.
Hans Pfeil
Schiffplatz
Schlafzimmer 450, Speisezimmer 245, Herrenzimmer 260, Spinnelkammer 118, Anrichtentische 75, Kleiderkasten 45, Holzbetten 40, Koffertkoffer 25, Anrichtentische 18, Auflegemattagen 18, Günstige Möbel entsprechende Preise. Zahlungsabgabe auf Lager, Wochentagen, Monatsraten, kleine Anzahlungen, Kassa-Zahlung bis zehn Prozent. Kredit bis zwei Jahre, tägliche Raten, Restzahlung, Vermittlung 7; Städt. Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Str. 15, Untergrund-Bahnhof.

Rebel-Kamerling, Kabanenallee 18.
Schlafzimmer, Ruhebetten, Matratzen, Koffertkoffer, Spitzpreise, Zahlungserleichterung.
Rebel-Kamerling
merle Arbeit und hat
Rebel-Kamerling
große Auswahl.
Hans Pfeil
Schiffplatz
Schlafzimmer 450, Speisezimmer 245, Herrenzimmer 260, Spinnelkammer 118, Anrichtentische 75, Kleiderkasten 45, Holzbetten 40, Koffertkoffer 25, Anrichtentische 18, Auflegemattagen 18, Günstige Möbel entsprechende Preise. Zahlungsabgabe auf Lager, Wochentagen, Monatsraten, kleine Anzahlungen, Kassa-Zahlung bis zehn Prozent. Kredit bis zwei Jahre, tägliche Raten, Restzahlung, Vermittlung 7; Städt. Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Str. 15, Untergrund-Bahnhof.

Rebel-Kamerling, Kabanenallee 18.
Schlafzimmer, Ruhebetten, Matratzen, Koffertkoffer, Spitzpreise, Zahlungserleichterung.
Rebel-Kamerling
merle Arbeit und hat
Rebel-Kamerling
große Auswahl.
Hans Pfeil
Schiffplatz
Schlafzimmer 450, Speisezimmer 245, Herrenzimmer 260, Spinnelkammer 118, Anrichtentische 75, Kleiderkasten 45, Holzbetten 40, Koffertkoffer 25, Anrichtentische 18, Auflegemattagen 18, Günstige Möbel entsprechende Preise. Zahlungsabgabe auf Lager, Wochentagen, Monatsraten, kleine Anzahlungen, Kassa-Zahlung bis zehn Prozent. Kredit bis zwei Jahre, tägliche Raten, Restzahlung, Vermittlung 7; Städt. Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Str. 15, Untergrund-Bahnhof.

Rebel-Kamerling, Kabanenallee 18.
Schlafzimmer, Ruhebetten, Matratzen, Koffertkoffer, Spitzpreise, Zahlungserleichterung.
Rebel-Kamerling
merle Arbeit und hat
Rebel-Kamerling
große Auswahl.
Hans Pfeil
Schiffplatz
Schlafzimmer 450, Speisezimmer 245, Herrenzimmer 260, Spinnelkammer 118, Anrichtentische 75, Kleiderkasten 45, Holzbetten 40, Koffertkoffer 25, Anrichtentische 18, Auflegemattagen 18, Günstige Möbel entsprechende Preise. Zahlungsabgabe auf Lager, Wochentagen, Monatsraten, kleine Anzahlungen, Kassa-Zahlung bis zehn Prozent. Kredit bis zwei Jahre, tägliche Raten, Restzahlung, Vermittlung 7; Städt. Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Str. 15, Untergrund-Bahnhof.

Musikinstrumente
Zitronen, überaus preiswert, Piano, Klavier, etc. etc.
Wenig ohne Anzahlung, neu und gebraucht, in großer Auswahl, verkauft Dorer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Polsterer, Tisch, Langhölzer, etc. etc., kleine Reparaturen.
Grammophone, Schallplatten, etc. etc.
Fahrräder
Zitronen, überaus preiswert, Piano, Klavier, etc. etc.

Kaufgesuche
Zitronen, überaus preiswert, Piano, Klavier, etc. etc.

Vermietungen
Zitronen, überaus preiswert, Piano, Klavier, etc. etc.

Zimmer
Zitronen, überaus preiswert, Piano, Klavier, etc. etc.

Der hessische Ferngaskampf.

Wichtige kommunalpolitische Entscheidungen. - Sensationelle Machenschaften.

Am dritten Jahre laufen jetzt bereits die Kämpfe zwischen den Vertretern des privaten Jochentapitals von der Ruhr, die eine zentrale Gasfernversorgung von Deutschland wollen, und jenen Kommunalpolitikern und Gasfachleuten, die entgegen den Auffassungen und Interessen der Ruhrzechen aus kommunalpolitischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgründen die kommunale Gruppenversorgung durch dezentralisierte Großwerke fördern. Man kann sagen, daß die Entscheidung in diesem Streit grundsätzlich schon gefallen ist, denn zwischen den großen Plänen des Herrn Dr. Böglner von Ende 1926 und den bis heute geschaffenen Tatsachen besteht ein so gewaltiger Unterschied, daß

von den deutschen Großgasplänen der Ruhr heute kaum noch etwas übrig

geblieben ist. Das ist um so deutlicher geworden, seit unter Mitwirkung der Continentalen Gaswerke in Dessau durch die Gründung der Magdeburger Großgaserei eine mächtige Barriere im Osten gegen die Ruhr geschaffen wurde, seit die Südwestdeutsche Gas A.-G. in der Erfassung der Konsumgebiete nördlich und südlich des Rheins immer größere Erfolge gehabt hat und seit die Vertreter der Ruhr nach absolut erfolglosen Verhandlungen den Versuch aufgegeben haben, das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet für ihre Pläne zu gewinnen.

Wir haben nun immer darauf hingewiesen, daß die Entscheidung der hessischen kommunalen Gasgesellschaft (Hefoga) für die Versorgung des hessischen Staats- und Wirtschaftsgebietes eine kommunal- und ferngaspolitisch außerordentlich große Bedeutung haben wird. In Hessen liegt die Sache so, daß sich die Hefoga durch Errichtung einer eigenen Großgaserei selbst versorgen könnte, und daß auf der anderen Seite die Gasversorgung Hessens erfolgen könnte einmal durch einen Lieferungsvertrag mit den Ruhrzechen, dann durch eine Lieferungs- oder Produktionsgemeinschaft mit der von Frankfurt und Mannheim geführten Südwestdeutschen Gas A.-G. oder endlich durch Verträge mit den Kohlenzechen und Hütten des Saargebietes.

Nachdem nun im allgemeinen die gaspolitische Entscheidung in Deutschland gegen die Ruhrzechen gefallen ist, ist es in hohem Maße begreiflich, daß die Ruhrgas A.-G. in Essen alles daran setzt, in Hessen einen Erfolg zu erzielen, der für die Ruhrzechen nicht nur ein Positionsgewinn, sondern vor allen Dingen auch die bisherige Erfolglosigkeit der Ruhrzechen zu verbergen geeignet wäre.

Es hat zwar lange gedauert, bis die deutsche Öffentlichkeit die große Bedeutung der Ferngasfrage erkannt hat und vor allem jene Irreführung durchschaute, mit der die Ruhrzechen die deutsche Öffentlichkeit systematisch über die Zweckmäßigkeit der Großfernversorgung von der Ruhr her zu täuschen suchte. Die Öffentlichkeit weiß heute, daß so wichtige monopolistische Versorgungsbetriebe, wie die der Gaswirtschaft, nicht privatisiert werden dürfen, daß das „Sortenproblem“ und die „Kokosgaserei“ eine fromme Erfindung der Ruhrzechen zur Förderung ihrer Interessen waren, daß die Wärmewirtschaft der Industrie, wenn überhaupt, dann durch die Gruppenversorgung mindestens ebenso verbilligt werden kann wie durch eine zentrale Ruhrversorgung, daß auch die Bergarbeiterchaft von den Ruhrplänen keine Vorteile zu erwarten hat und daß es sich bei den Plänen der Ruhrzechen einzig und allein um eine möglichst weitreichende Monopolisierung der Gas- und vor allem Kokswirtschaft handelt, mit der zugleich die Aushöhlung der geschlossenen Kohlenbewirtschaftung durch das private Jochentapital verfolgt wird.

Aus allen diesen Gründen ist es klar, weshalb die von der Hefoga zu treffende Entscheidung für oder gegen die Ruhr von größter Bedeutung für die Ruhrzechen ist und weshalb die jetzt im Aufsichtsrat der Hefoga entstandenen schweren Differenzen die Öffentlichkeit weit über das hessische Gebiet hinaus interessieren mußten. Es ist eben so, daß die Stellungnahme des Aufsichtsrates und die Anfang Juni stattfindenden Beratungen der Provinzen, Städte und Gemeinden Hessens über die zukünftige hessische Gasversorgung zugleich auch

die Entscheidung für das Schicksal der Ruhrgaspläne bedeutet.

Unter diesen Umständen sind die sensationellen Mitteilungen bedeutungsvoll, die im Laufe der letzten Tage und Wochen in der Presse über die Art und Weise gemacht worden sind, wie die Mehrheit des Aufsichtsrates der Hefoga zu ihrem kürzlichen Beschluß gekommen ist, nach den Anregungen der Denkschrift des Vorstandes der Hefoga über die eingeforderten drei Sachverständigen-gutachten, das Angebot der Ruhrgas A.-G. denjenigen der Südwestdeutschen Gas A.-G. und der Saarzechen vorzuziehen und mit der Ruhrgas A.-G. in endgültige Verhandlungen einzutreten. Es ist nun außerordentlich interessant festzustellen, daß der Vorstand der Hefoga

die Sachverständigen-gutachten in der Denkschrift derart entstellt und tendenziös wiedergegeben hat,

daß sich die Sachverständigen selbst gegen die Denkschrift des Vorstandes öffentlich gemeldet haben. Professor Heidebraek-Darmstadt, einer der Sachverständigen, hat an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Hefoga, den Bürgermeister Hiemenz, ein scharfes Protestschreiben gerichtet. Er legt von der Denkschrift, daß sie isoliert handgreifliche Fehlschlüsse und eine so einseitige Darstellung enthalte, daß die Öffentlichkeit ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Sachverhältnissen der Sachverständigen gewinnen müsse. Die wesentlichsten Punkte der Darlegungen der Denkschrift seien sowohl technisch wie wirtschaftlich unhaltbar.

Die Südwestdeutsche Gas A.-G., der kommunalpolitische Gegenspieler der Ruhrzechen, hat ebenfalls in nachdrücklichster Weise gegen die Entstellungen in der Denkschrift protestiert. Sie stellt fest, daß der Preisunterschied zwischen ihrem und dem Angebot der Ruhrgas A.-G. nicht 1 bis 1,5 Pf., sondern nur 0,5 Pf. pro Kubikmeter Gas betrage und daß diese Differenz insbesondere durch die viel größere Lieferungs- und Betriebssicherheit des Angebots der Südwestdeutschen Gesellschaft mehr als ausgeglichen sei. Das ist eine richtigstellung von offenbar schwerwiegender Bedeutung.

Diese Feststellungen von Sachverständigen und Vertragspartnern sind in hohem Maße sensationell. Sie zeigen zum erstmaligen mit dokumentarischer Wucht, daß der Vorstand der Hefoga in unsachlicher, die Interessen der Ruhrzechen fördernder Weise die ihm vom Aufsichtsrat übertragenen Geschäfte handhabt und daß er den Aufsichtsrat der Hefoga mit unzulässigen Mitteln gegen das kommunalpolitische Interesse zugunsten der privaten Ruhrzechen zu beeinflussen sucht. Es ist deshalb begreiflich, daß es im Aufsichtsrat der Hefoga selbst zu schweren Differenzen gekommen ist und daß der Provinziallandtag der hessischen Provinz Starkenburg beschlossen hat, bei einer Annahme des Angebots der Ruhrgas A.-G. aus der Hefoga auszuschließen. Gleichzeitig ist der zuständige hessische Innenminister Leuschner, der selbstverständlich an der wirtschaftlichsten Lösung der Gasfrage für Hessen das lebendigste Interesse hat, öffentlich von dem Beschluß des Aufsichtsrates abgerückt und hat unter ebenso selbstverständlicher Würdigung der wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Interessen ein Zusammengehen mit der Südwestdeutschen Gas A.-G. gefordert.

Wir sind weit davon entfernt, uns für die hessische Entscheidung in einem anderen Sinne interessieren zu wollen, als es das gesamtwirtschaftliche und auch das kommunalpolitische Interesse erfordert. Aber durch die Politik des Vorstandes der Hefoga scheinen Zustände geschaffen zu sein, deren Unhaltbarkeit offensichtlich ist und deren Unhaltbarkeit noch durch die Stellungnahme des hessischen Innenministers unterstrichen wird. Vom gaswirtschaftlichen, vom Sicherheits- und vom kommunalpolitischen Standpunkt aus kann kein Zweifel darüber sein, daß die Entscheidung Hessens in der Ferngasfrage nicht für eine Belieferung durch die Ruhrzechen, sondern nur in der Richtung der kommunalen Gruppenversorgung fallen dürfte. Das allermindeste, was jetzt zu geschehen hätte, wäre eine Untersuchung der Umstände, die die Politik des Hefoga-Vorstandes bisher geleitet haben, und eventuell die Bestellung eines neuen Gutachterkollegiums, das auch im Sinne des hessischen Innenministers die Bearbeitung des Sachverständigenberichts durch den Hefoga-Vorstand nachprüfen hätte.

Davon unabhängig aber müssen die beteiligten kommunalpolitischen, öffentlichen und staatlichen Faktoren die nach allen bisherigen Erfahrungen und nach dem Urteil der Gasfachleute

erforderliche kommunalpolitische Lösung vorwärts treiben.

Eine vernünftige Lösung der hessischen Ferngasfrage war bisher stark dadurch behindert, daß der hessische Staat für sein Versorgungsgebiet die eigene Produktion aufrechterhalten wollte. Die Hindernisse in dieser Richtung sind nach einer Erklärung der Südwestdeutschen Gas A.-G. jetzt gefallen. Die Südwestdeutsche Gas A.-G. hat ausdrücklich erklärt, daß sie, um die Hefoga von ihren lediglich gemeinwirtschaftlichen Absichten zu überzeugen, eine Produktionsgemeinschaft zwischen der Hefoga und der Südwestdeutschen Gas A.-G. herbeizuführen bereit ist. Das heißt, daß die Südwestdeutsche Gasversorgung außer von den Großwerken in Frankfurt und Mannheim auch von Mainz aus erfolgen soll und damit die Wünsche Hessens Berücksichtigung finden sollen. Nachdem die Preisfrage angesichts der geringen Preisdifferenz und der viel höheren Sicherheitsgarantien neben-sächlich geworden ist, die kommunalpolitische Lösung auch im volkswirtschaftlichen Interesse die einzig zweckmäßige ist, bedeutet das Angebot der Südwestdeutschen Gas A.-G. eine Brücke, die Hessen endgültig im eigenen und im gesamtwirtschaftlichen Interesse betreten sollte.

Fords Automobilpläne in Polen.

Der europäische Vertreter Fords ist in Warschau eingetroffen und führt hier Verhandlungen über den Bau einer Fordautomobilfabrik in Polen. Die Maschinen für die Montagewerkstätten, die Ford in Polen errichten will, sollen bereits nach Amsterdam unterwegs sein und sogleich nach Polen weiterbefördert werden, sobald Ford hier geeignete Grundstücke erworben hat.

309 762 neue Wohnungen.

In 10 Jahren 1,65 Millionen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine Uebersicht über die Bautätigkeit im Deutschen Reich im Jahre 1928. Der Reinzugang an Wohnungen im Deutschen Reich stellte sich auf 309 762 gegen 288 635 im Jahre 1927, die Zunahme betrug 7,3 Prozent. Damit konnte der aus den Vorjahren übernommene Fehlbestand, wenn man den laufenden Jahresbedarf 1927 und 1928 auf etwa je 225 000 Wohnungen beziffert, im Jahre 1927 um rund 64 000, im Berichtsjahre um rund 85 000, insgesamt um etwa 149 000 vermindert werden. Der Reinzugang an Wohnungen in den Jahren 1919 bis 1928 zusammen stellte sich auf 1 648 599.

In Neubauten wurden 306 825 Wohnungen (7,9 Proz. mehr als 1927 fertiggestellt, davon 303 327 (gleichfalls 7,9 Proz. mehr) in Wohngebäuden. Unter den Bauherren überwiegen bei weitem die (sonstigen) privaten Bauherren, auf die 59,6 Proz. aller in Wohngebäuden errichteten Wohnungen entfielen, während die gemeinnützigen Baugesellschaften 30,0 Proz. (27,9 Proz.), öffentliche Körperschaften und Behörden 10,4 Proz. (11,8 Proz.) aller Wohnungen in Wohngebäuden herstellten.

Glanzzeiten für Schallplatten.

Lindström steigert seine Dividende auf 20 Prozent.

Die Berliner Lindström A.-G. hat die starke Schallplattenkonjunktur im letzten Jahr in nicht geringerem Maße ausnützen können als der Leipziger Polyphontonzern, dessen Retordabschluss wir vor kurzem mitteilten.

Die Lindström A.-G., die erst im vorigen Jahre ihre Dividende nach Bornahe aller nur denkbaren Gewinnrückstellungen von 10 auf 15 Proz. erhöht hatte, setzt die Aktionärgewinne für 1928 wiederum um 5 auf 20 Proz. herauf. Die inneren Festposten, die sich die Lindströmgruppe im Verlauf der Schallplattenkonjunktur in den letzten Jahren zulegen konnte, werden daraus ersichtlich, daß im Laufe des letzten Betriebsjahres nicht weniger als drei Millionen neu in die Anlagen gesteckt wurden, und daß diese Summe durchweg mit aufgespeicherten Reserven aus laufenden Gewinnen „über Betrieb“ bezahlt wurden. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Abschreibungen liegen zwar mit rund 0,8 gegen 1,6 Millionen unter den Abschreibungsziffern des Vorjahres, jedoch hat die Gesellschaft bereits vorher auf die neuen Grundstücke und Gebäude sowie auf den neu angeschafften Maschinenpark derart hohe Abschreibungen vorweg abgesetzt, daß die Gesamtabschreibungen sich auf 2,47 Millionen stellen. Die im Laufe des letzten Jahres gekauften neuen Maschinen, die rund 1,28 Millionen kosteten, wurden wie im vorigen Jahre wieder bis auf eine Mark abgeschrieben.

Allein der ausgewiesene Reingewinn von 1,8 Millionen und die Abschreibungen von 2,4 Millionen betragen zusammen rund 60 Proz. des Aktienkapitals von 7 Millionen. Berücksichtigt man, daß die Gesellschaft in dem Posten Schulden und Rückstellungen, der von 5,2 auf 9,7 Millionen angewachsen ist, weitere hohe Gewinnbeträge aus dem letzten Geschäftsjahr in die Reserve gestellt hat, so dürfte Lindström im vergangenen Jahr weit mehr als 60 Proz. seines Aktienkapitals verdient haben.

Aufstieg der Wiener Arbeiterbank.

Die Arbeiterbank A.-G. der österreichischen Klassengenossen in Wien hat sich auch in ihrem 6. Geschäftsjahr gut entwickelt. Die Einlagen haben sich von 34,6 auf 45,0 Mill. Schilling (1 Schilling = 60 Pf.) erhöht. Das ist eine Steigerung um fast 30 Prozent. Um 100 Proz. stiegen die eigentlichen Spareinlagen, nämlich von 2,6 auf 5,3 Millionen Schilling. Die Ausleihungen, ausschließlich im Interessentum der Arbeiterchaft, erhöhten sich von 26,7 auf 32,0 Millionen Schilling. Die Flüssigkeit und Greifbarkeit der Mittel wurde durch geringere Ausleihungen und stärkere Bankguthaben oder Wertpapierbestände erhöht. Vierzig Prozent der gesamten Einlagen sind sofort greifbar. Das Aktienkapital beträgt heute 2,5 Millionen Schilling.

Trotz des größeren Geschäftes sind die Verwaltungskosten mit 0,22 gegen 0,21 Millionen Schilling kaum erhöht. Der Reingewinn ist um 90 Proz. auf 0,58 Millionen Schilling gestiegen, wovon 10 Proz. Dividende auf das Eigenkapital gezahlt werden. Wir kommen auf den Bericht noch zurück.

Die Millionerverluste bei RAG.

Was die Verwaltung dazu sagt.

Wir haben bereits vor wenigen Tagen die überraschend hohen Verluste des RAG-Konzerns, die sich im Geschäftsjahre 1928 auf insgesamt 7,7 Millionen Mark beliefen, mitgeteilt. In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht gibt die Verwaltung nähere Erklärungen über die Verteilung dieser beträchtlichen Verluste und versucht zugleich, die Ursachen dieses unerfreulichen Abschlusses zu begründen.

Der Geschäftsgewinn ist entsprechend den erhöhten Umsätzen von 3,8 auf 5,2 Millionen Mark gestiegen. Ihm stehen Geschäftskosten gegenüber, die von 2,7 auf 6,6 Millionen Mark angewachsen sind. Hierzu kommen noch allgemeine Abschreibungen von 0,95 Millionen Mark, sowie Sonderabschreibungen auf Warenbestände von 2,5 Millionen Mark und auf Schuldner von 2,87 Millionen Mark. Der buchmäßig ausgewiesene Verlust von 5,4 Millionen Mark ist aber bereits vorher durch Auflösung des Reservefonds und des Gewinnvortrages von 1927 um 2,3 Millionen Mark gekürzt, so daß sich ein Gesamtverlust von 7,7 Millionen Mark ergibt.

Bei der Begründung des Verlustabschlusses legt die Direktion das Schwergewicht auf die unzureichende deutsche Zollpolitik, meist allerdings auch darauf hin, daß die Verschmelzung mit den Chemischen Preßwerken verschiedentlich von Mißgeschick begleitet gewesen sei. Uns scheint die hauptsächlichste Verlustquelle bei der RAG in dieser verschlungenen Verschmelzung mit den Preßwerken zugleich mit einer kurzfristigen Geschäftspolitik in den Auto-Krisenjahren 1924 bis 1926 zu liegen. Während damals fast sämtliche deutschen Auto-Unternehmungen infolge der Umstellung der Betriebe auf die Zahlung von

Tragen Sie zu Pfingsten

SALAMANDER

DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUH-FABRIK



